

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 119 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 12/2004 · VOM 10. DEZEMBER 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | Technische Werke
mit Umsatzplus

Bereinigter Saldo: Minus 2,5 Mio Euro

9-12 | Striptease-Show und
Sklavenmarkt

Eberswalder Montagsdemos

16 | Gebrauchswert,
Tauschwert, Wert
Tauschringe (Teil 3)

Eberswalder Montagsdemo am 6. Dezember, dem Tag des Nicolaus:

Das sind die Piraten von heute

Teilnehmer an Montagsdemos auf »schwarzer Liste« der Stadtverwaltung

Vor langer, langer Zeit – es ist 1500 Jahre her, gab es in einer Stadt mit Namen Myra eine große Hungersnot. Eine wirklich große Hungersnot. Es ging für die Menschen, Frauen, Kinder und Männer um Leben und Tod. Hungersnöte waren auch vor 1500 Jahren im orientalischen Myra keine Naturgegebenheiten.

Heute erleben wir in unserem Land auch eine große Hungersnot! Nicht nach Brot, wie damals. Es gibt heute einen Hunger nach wirklicher Demokratie. Die Mehrheit unseres Volkes hat die SPD gewählt. Die Mehrheit hat nicht gewußt, daß auch unter Schröder nicht mehr das Volk regiert, sondern der Kapitalismus seine miese Fresse zeigt. Diese Regierung vertritt nicht mehr die Mehrheit des Volkes. Leider sind die Alternativen in diesem Land auch nicht besser.

Diesen Hunger, nach einer sauberen, ehrlichen Politik gibt es heute und die Not besteht darin, daß sich die Menschen alles gefallen lassen. Wie sagen wir doch so dahin: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Das ist die große Not, am Ende diesen Jahres: auch wenn wir hier stehen – wir lassen uns eigentlich alles gefallen. Unser Widerstand ist zu harmlos. Die Volksvertreter vertreten uns nicht wirklich.

Das war damals, vor 1500 Jahren nicht anders! Die Menschen in Myra waren so mit ihrem Überleben beschäftigt, daß sie sich um die Politik nicht kümmern konnten. Wir – hier auf dem Marktplatz sind nicht viele – aber wie stehen doch auch stellvertretend für die in unserer Stadt, die sich noch nur um sich selbst kümmern müssen.

In Myra gab es die große Hungersnot. Obwohl vor dem Hafen der Stadt genügend Schiffe mit wunderbarem Getreide standen. Nun werden Sie fragen, warum die Schiffe mit dem Getreide nicht in den Hafen fuhren. Piraten versperrten die Einfahrt. Es gibt immer Piraten, die aus der Not der Menschen noch Kapital schlagen wollen. Diese Piraten versperrten den Seeweg nach Myra. »Gebt uns Geld und Gold, dann lassen wir die Schiffe durch.«

Die Piraten heute sind alle die, die sich um den Hunger und die Not der Menschen nach mehr Gerechtigkeit, nach Demokratie, nach Arbeit, nach Ausbildungsplätzen, nach Wahrheit und Ehrlichkeit in dieser Gesellschaft nicht kümmern.

Die Stadtverwaltung dieser Stadt z.B.: Seit 16 Wochen ist keiner zur Montagsdemo erschienen, das ist ein Skandal. Mir hat man mitgeteilt: Ich stehe in der Stadt auf der schwarzen Liste. Interessant, daß es diese schwarze Liste gibt. Ich stehe bei ihnen auf der schwarzen Liste, weil ich an den Montagsdemos teilnehme und darum gegen die Stadt arbeite. Das, Montagsdemonstratinnen und -demonstranten, müssen sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Was wir hier machen, ist nicht gegen die Stadt, sondern wir stehen hier aus Sorge um die Menschen in unserer Stadt. Sie wollen es nicht begreifen, weil sie Angst um ihre Posten haben.



Montagsdemo unterm
Weihnachtsbaum

Piraterie ist, wenn uns im Fernsehen immer wieder erzählt wird: Hartz IV ist die einzig wirkliche Lösung der Staatsprobleme. Genau wie die Piraten vor der Hafeneinfahrt von Myra, wollen sie sich auf Kosten der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sanieren.

Zurück zur Geschichte: In der Stadt Myra gab es einen Mann, dem die hungernden Menschen wichtiger waren als alles Gold und Geld. Er nahm den ganzen Kirchenschatz, gab ihn den Piraten, die daraufhin satt abzogen. Die Getreideschiffe konnten in den Hafen einlaufen. Die Menschen konnten Essen, die Hungersnot war beseitigt.

Dieser eine Mensch, der alles den Piraten gab, war der Bischof Nicolaus. An ihn denken wir heute, wenn wir den Kindern ihre Schuhe füllen. Er, der Bischof Nicolaus, hat es verdient, daß man sich bis heute an ihn erinnert. An die großen und selbsternannten Reformen heute brauchen wir uns später nicht erinnern. Wo aber ist der, dem die Not der Menschen heute wichtiger ist, als alles Geld und Gold? Warum steht niemand auf und sagt: Wir nehmen alles Geld und Gold dieses Landes und geben jedem eine anständige, gut bezahlte Arbeit?

So können wir heute am Nicolaustag folgendes lernen: Den Kindern steckt man Schokolade in den Schuh. Den Arbeitslosen steckt man in die Schuhe, daß sie faul sind, den Sozialstaat bankrott machen. Den heutigen Piraten sind wir genau so egal wie damals die Frauen und Kinder. Und wenn uns nicht bald die Menschen wichtiger sind, als die Gewinne der Konzerne, wird unser Land vor die Hunde gehen. Wir lernen: von diesen Politikerinnen und Politikern ist nichts mehr zu erwarten. Ach, wenn doch der Nicolaus käme und die ganzen Piraten verjagen würde!

HARTWIN SCHULZ

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

Die deutsche Leitkultur

Unser Innenminister im schönen Land Brandenburg spricht neuerdings und immer wieder von der deutschen Leitkultur. Alle in Deutschland Lebenden sollten sich gefälligst daran halten. Nun hagelt es von allen Seiten Kritik. So stelle man sich das nicht vor. Jeder solle doch nach seinen Vorstellungen leben können. Der arme Innenminister muß sich rechtfertigen.

Aber hat er nicht das Richtige angesprochen? Man muß doch wenigstens in einigen wichtigen Gesichtspunkten übereinstimmen, sonst kann man nicht in einer Gesellschaft miteinander leben. Jede und jeder muß sich an gewisse Regeln halten. Das ist so und wird auch immer so bleiben. Sonst bricht die Gesellschaft auseinander und die Vorteile des gemeinsamen Handelns sind dahin. Vor den Regeln sind alle gleich.

Unsere Kultur ist nur möglich, weil wir die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen haben und immer weiter entwickeln. Aber wer spricht schon von denen die schaffen. Irgendwie hält man das für selbstverständlich.

Viel öfter hört man von denen, die Geld ausgeben. Sie geben den Ton in der Gesellschaft an. Hier braucht man noch etwas Geld für Kultur. Dort entwickelt sich noch eine Behörde. Der braucht noch Fördermittel. Die Rentner sollen auch etwas abbekommen. Den Ärzten und Apothekern geht es so schlecht. Und immer reicht das Geld hinten und vorne nicht. Um die Verteilung des Reichtums der Gesellschaft sind wahrlich bizarre Kämpfe entbrannt. Da vergißt man sogar die Regeln der guten alten Buchhaltung und wird kreativ.

In der materiellen Welt gibt es Kassen. Man kann sich die Dinger als Blechkiste mit Schloß vorstellen. Da legt man Geld hinein und bezahlt damit laufende Ausgaben. Ist die Kasse leer, kann man nichts bezahlen. Man ist blank wie der Boden der Blechkiste.

Die öffentlichen Kassen sind anders konstruiert. Diese Kassen müssen einen doppelten Boden haben. Finanzminister und Kämmerer können Rechnungen bezahlen, selbst dann, wenn die Kassen leer sind. Man lebt mit negativen Kassen. Kein Kaufmann darf das machen. Bei negativen Kassen wird der eingesperrt und alle lachen ihn aus. Im öffentlichen Dienst aber gibt es den Kassenkredit. So einfach geht das. Das Geld ist alle und schöpft den Kassenkredit aus. Die Buchhaltung steht Kopf und der Innenminister propagiert die deutsche Leitkultur.

Vergessen wir nicht, daß die deutsche Kaufmannskultur einen wesentlichen Teil unserer Gesellschaft bildet und der Innenminister durchaus das Richtige anspricht. Nur, die Regeln gelten für alle und es wird höchste Zeit, daß sich auch alle daran halten.

Dr. MANFRED PFAFF

Wir sind doch alle Zugereiste

Rede zum Gedenken an Amadeu Antonio am 6. Dezember 2004

1987 kommt ein junger intelligenter Mann aus dem fernen Angola nach Eberswalde. Er hat viele Hoffnungen und Wünsche und er hat den Willen, etwas in seinem Leben zu erreichen. Er will Flugzeugtechnik studieren.

Bereits kurz nach seiner Ankunft merkt er, daß er nur als billige Arbeitskraft im damaligen SVKE gebraucht wird. Drei Jahre später wird er brutal ermordet, hier in Eberswalde.

Eberswalde hatte nach dem dreißigjährigen Krieg noch 33 Einwohner. Schon immer prägten die Zugereisten das Bild dieser Stadt. Wer von uns kann schon nachweisen, daß seine Wurzeln seit Generationen in dieser Stadt sind. Um so mehr erschüttert uns immer wieder die Brutalität und Gewalt gegen andere. Man findet für jeden einen Grund, daß er der Andere ist. Ich glaube, wenn wir uns hier Jahr für Jahr treffen, dann geht es zum einen um das Andenken an Amadeu Antonio, aber auch und vor allem um die Verurteilung von Gewalt gegen andere Menschen.

Wir alle sind aufgefordert und wir sind verpflichtet alles zu unternehmen, um ein menschliches, tolerantes Miteinander hier in unserer Stadt Eberswalde aber auch über deren Grenze hinaus zu gewährleisten.

Amadeu Antonio steht in einer Reihe von Gewalttaten, in der Eberswalder ihre Mitbürger verraten, mißachten und in diesem Fall ermordet haben. Das darf niemals eine Fortsetzung finden! Mit unserem Gedenken heute und hier zeigen wir, daß es Bürgerinnen und Bür-

ger gibt, die dafür eintreten, daß in dieser Stadt jeder willkommen ist, der mit uns gemeinsam leben will.

Jeder der jetzt oder in Zukunft kommt – ist genauso wie wir alle – vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren oder vor Generationen – ein Zugereister. Wir gewähren ihm Gastfreundschaft und hoffen, daß er sich bald heimisch fühlt. Gemeinsam gestalten wir dann diese, unsere Stadt Eberswalde. Und dazu gehört auch immer die Geschichte von Amadeu Antonio.

FRIEDHELM BOGINSKI,
Vorsitzender der StVV Eberswalde



Geldspende für die Tafel

Eberswalde (prest-ew/bbp). Auf der »Eberswalder Gala« der hiesigen »High Society« erlöste eine Tombola den Betrag von 1500 Euro. Das Geld kommt der Eberswalder Tafel zugute, einer Einrichtung des Vereins Brot & Hoffnung e.V. Der Tafelladen wurde im Juni 2002 in der Blumenwerderstraße eröffnet und fand seitdem großen Zuspruch. Ein Beweis dafür, wie hoch der Hilfebedarf sozial schwacher Menschen in Eberswalde ist. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Eberswalde, Rüdiger Platz, überreichte Bürgermeister Reinhard Schulz am 8. Dezember im Rathaus dem Verein für den Tafelladen einen symbolischen Scheck in Höhe von 1500 Euro. Die Amtsgeschäfte der Stadtverwaltung wurden während dieser Zeit von den beiden wiedergewählten Beigeordneten Lutz Landmann und Uwe Birk geleitet.

Berichtigung

Die in dem Beitrag »Flugplatz-Desaster« (BBP 11/2004, Seite 2) enthaltene Information, wonach die Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE) nur zu 2 Prozent an der Errichtergesellschaft Flughafen Finow mbH beteiligt war, müssen wir berichtigen. Die Beteiligungen der TWE sowohl an der Errichtergesellschaft Flughafen Finow mbH als auch an der Betriebsführungsgesellschaft Flughafen Finow mbH betragen jeweils 26 Prozent.

In dem im HH-Plan 2004 enthaltenen Beteiligungsbericht heißt es, die TWE verfolge das Ziel, ihre Gesellschafterstellung zu beenden. Keine Erwähnung fand, daß diese Beendigung der Gesellschafterstellung mittels Insolvenzverfahren stattfindet. Es ist davon auszugehen, daß neben dem 3,25-Millionen-DM-Darlehen auch Gesellschafteranteile in Höhe von zweimal 12.500 DM verloren gingen.

ZITAT DES MONATS

ALS BÜRGERMEISTER WERDE ICH MICH IN ANBETRACHT DER KONKURRENZSITUATION DER STÄDTE UNTEREINANDER MIT DEM SCHWERPUNKT MEINER ARBEIT FÜR DIE ANSIEDLUNG UND DEN ERHALT VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN IN EBERSWALDE EINSETZEN.

REINHARD SCHULZ, Bürgermeister von Eberswalde
am 19.11.2004 in der Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion

Aus dem Bericht des Ausländerbeirates an den Kreistag Barnim (Teil 1):

»Integration ist Dialog«

Der Ausländerbeirat hat Zweidrittel seiner Mandatszeit hinter sich. Es ist eine gute Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen und einen kurzen Überblick über die Arbeit des Ausländerbeirats und die Situation der Migrantinnen und Migranten im Landkreis geben.

Als Beirat verstehen wir uns als Interessenvertretung aller im Landkreis Barnim lebenden Migrantinnen und Migranten. Im Beirat wirken 9 Mitglieder aus 7 unterschiedlichen Nationalitäten ehrenamtlich mit. Damit sind fast alle größeren Migrantengruppen im Beirat vertreten. Die Mitglieder des Beirats treffen sich einmal im Monat, um über die Situation der Migrantinnen und Migranten im Kreis Barnim zu beraten. Sie arbeiten außerdem im Jugendhilfeausschuß und im Sozialausschuß mit. Wir sind auch Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte im Land Brandenburg und wirken im Bernauer Netzwerk für Integration. Außerdem haben wir uns verschiedenen Aktivitäten und Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit angeschlossen.

Wir verstehen Integration als einen Dialog zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Die Gespräche mit verschiedenen Institutionen und kommunalen Entscheidungsträgern sind ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit, weil wir auf die Kooperation und die Zusammenarbeit mit Parteien und politischen Institutionen angewiesen sind.

Auch in Bernau haben wir eine Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sowie von Bernauer Vereinen organisiert. Bei dieser Zusammenkunft ging es um die besonderen Probleme der Migrantinnen und Migranten in Bernau und deren Lösungsmöglichkeiten. Dabei standen vor allen zwei Probleme im Vordergrund:

1. Die Wohnsituation der Zugewanderten ist geprägt durch eine konzentrierte Ansiedlung der meisten Zugewanderten in Bernau-Süd. Die dort vorhandenen Wohnungen sind für kinderreiche Familien viel zu klein. Schimmelpilzbildung ist dann ein Folgeproblem. Eine Konzentration von Migrantenfamilien und sozial schwachen deutschen Familien birgt in sich ein Konfliktpotential. Dies führt zu einer sozial-räumlichen Segregation innerhalb der Stadt. Sicherlich sind es ökonomische Gründe (niedrige Mieten), die eine solche Konzentration befürworten. Dennoch ist eine solche Konzentration nicht hilfreich für eine gute Nachbarschaft zwischen deutschen und ausländischen Familien. Dies trifft vor allem auf ein Quartier in Bernau-Süd zu. Wer es sich irgendwie leisten kann, zieht von dort weg.

2. Ein weiteres Konfliktfeld in Bernau ist die Sorge der Verantwortlichen in der Stadt um ein attraktives ordentliches Stadtbild einerseits,

was nach deren Ansicht gegen die Anbringung von Sattelenschüsseln spricht und der sogar per Grundgesetz gesicherte, berechtigte Wunsch aller Migrantinnen und Migranten, Informationen aus ihren Herkunftsländern zu erhalten. Das Angebot, die verschiedenen ausländischen Sender per Kabelanschluß erhalten zu können, ist jedoch für Sozialhilfeempfänger sowie für Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz absolut nicht zu bezahlen. In diesem Zusammenhang fand auch eine Beratung mit dem Bürgermeister der Stadt Bernau statt. Eine kleine Arbeitsgruppe versucht jetzt Lösungen zu finden, wobei zunächst geschaut werden soll, wie vergleichbare Kommunen dieses Problem lösen.

Ein weiterer Schritt unserer Arbeit war der Besuch der Übergangwohnheime für Flüchtlinge. Vor Ort haben wir Gespräche mit Flüchtlingen und SozialarbeiterInnen geführt. Wir haben festgestellt, daß die Mindestbedingungen zwar in allen Heimen eingehalten sind. Den baulichen Zustand und die Abgeschiedenheit einiger Heime empfanden wir als sehr problematisch. Insbesondere das Heim in Schönfeld bietet aufgrund seiner Lage mitten im Wald keine Begegnungsmöglichkeiten mit Einheimischen. Dort leben die Bewohnerinnen und Bewohner völlig isoliert. Das Leben unter den sehr eingegengten Wohnverhältnissen führt oft zu schwerwiegenden physischen und psychischen Folgen. Vor allem für Kinder und für Traumatisierte sind die Folgen akut. Auch aus unserer Sicht besteht deshalb Handlungsbedarf. Wir plädieren, ein neues Heim in einer Stadt einzurichten. Die Unterbringung der Flüchtlinge in den Heimen außerhalb der Städte war Anfang der 90 er Jahre eine Notlösung. Inzwischen ist sie ein Dauerzustand geworden. Ein neues Heim wieder außerhalb größerer Orte einzurichten, würden wir deshalb ablehnen. Wir begrüßen auch den Antrag des Sozialausschusses zur Prüfung der Umwandlung des Kreishauses in ein Heim und hoffen auf eine aktive Einbeziehung des Ausländerbeirats in den Diskussionsprozeß. Eine in Zeiten knapper Kassen überlegenswerte Alternative stellt allerdings das Votum der Stadtverordnetenversammlung von Bernau dar, die sich für eine dezentrale Unterbringung ausgesprochen hat. Vor allem Familien sollten möglichst schnell in Wohnungen leben dürfen.

ALEKSANDR BINDER, Ausländerbeirat Barnim

Schlachtfeld Falludscha

im November 2004 meldeten die Nachrichten die Eroberung Falludschas der Hochburg des irakisch-islamischen Widerstands gegen die amerikanische Besetzung, den demokratischen Wahlen im Januar 2005 stehe somit nichts mehr im Wege verlautete aus dem Pentagon.

*Falludscha
einst geheimnisvoller Name einer Stadt
verführerischer zauber des Orients
gestern noch ganz fremd
ein unbekannter Ort
niemals gehört
plötzlich allgegenwärtig
ein Geiseltort
die Stadt der Geiseln
selbst zur Geisel geworden
der strategische Punkt*

*Falludscha
so klingt der letzte Rülps eines Mörsers
eines abschmierenden Flugobjekts
wenn sandfarben die Zeitung raschelt
mit den fahlen Pressefotos vom
jüngsten Kampfeinsatz
camouflage der stonewashed news*

*Falludscha
tödliches Getuschel der Patrouillen,
Kampfwagen und Antennen,
die gefährlich in unsere Wohnstuben ragen*

*Falludscha
sandfarbener Name
der Bewußtseinslähmung
des Traumas
eines Säbelhiebs
vom rumpf getrennter Kopf
ein Videotape
für den knallharten PR-Feldzug
den nächsten Schnitt
auf dem Seziertisch des Pentagon*

*Falludscha
tonloser Schrei
ortloser Ort*

HARTMUT LINDNER

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Tauschring offiziell eröffnet

Eberswalde (bbp). Ende September traf sich die Vorbereitungsgruppe des Tauschringes für Finow und das Brandenburgische Viertel zum erstenmal (BBP 10/2004). Nur zwei Monate später, am 2. Dezember wurde der Tauschring im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel offiziell eröffnet. Zunächst wird jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr jemand vom Tauschring da sein, um Beitrittsanträge entgegenzunehmen oder Aufträge bzw. Angebote entgegenzunehmen.

Zukunft nicht verbauen

Würden Sie sich mit achtzig noch ein Haus auf Kredit kaufen? Im vollen Bewußtsein, daß ihre Kinder für sie die Schulden abzahlen müßten? Ich kann es mir nicht vorstellen.

Aber nichts anderes geschieht zur Zeit. Immer wieder wird davon geredet, wir befänden uns in der schlimmsten finanziellen Lage, die unsere Stadt bisher erlebt hat und es werde in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht besser. 2008 wird das Defizit der Stadt auf ca. 13,1 Mio. Euro bzw. mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltskonsolidierung auf ca. 10,2 Mio. Euro belaufen. Es ist also von einem Einsparpotential von ca. 2,9 Mio. Euro bis 2008 die Rede, wobei es den Sozialbereich mit am schlimmsten trifft.

Im gleichen Zeitraum kostet uns eine Beigeordnetenstelle ca. 400.000 Euro, das sind vierzehn Prozent von dem, was wir im selben Zeitraum an anderer Stelle versuchen einzusparen und noch mal 400.000 Euro für die weiteren vier Jahre der Wahlperiode des Beigeordneten. Das heißt wir reden insgesamt von ca. 800.000 Euro für eine Beigeordnetenstelle.

Die Stadtverordneten sind mit der Annahme ihres Amtes die Verpflichtung eingegangen, Entscheidungen nur nach ihrem Gewissen und zum Wohle unserer Stadt und ihrer Einwohner zu treffen. Nicht zum Wohle einzelner. Bei ihren Entscheidungen müssen sie sich nicht nur die Auswirkungen für das hier und jetzt bewußt machen, sondern auch, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen in 15, 20 oder 25 Jahren haben werden. Denn dann wird die ihnen nachfolgende Generation in der Verantwortung sein, ihrerseits die Politik zugestalten. Wenn allerdings die momentane Entwicklung so weiter geht, wird es nichts mehr zu gestalten geben, da die finanziellen Spielräume dafür nicht mehr vorhanden sein werden.

Über den Weg in die Zukunft haben die Stadtverordneten zu entscheiden. Jedesmal, wenn sie ihre Hand heben, entscheiden sie mit, in welche Richtung der Weg führt. Ich appelliere an alle Stadtverordneten, die nicht die Zukunft unserer Jugend mit Schulden verbauen wollen, das mit ihrem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck zu bringen.

INGO NAUMANN,
Fraktionsvorsitzenden Grüne/BFB

Bürgerbüro eröffnet

Eberswalde (bbp). Seit 27. November ist die Wählervereinigung »Bürgerfraktion Barnim« (BFB) mit einem eigenen Büro in Eberswalde präsent. Erst kurz vor den Kommunalwahlen 2003 gegründet, gelang es der BFB auf Anhieb mit einem Abgeordneten in den Kreistag Barnim (Hospitant bei der CDU), mit zwei Stadtverordneten in die StVV Eberswalde (Fraktion mit Bündnis 90/Die Grünen) und mit einem Abgeordneten in die Gemeindevertretung Schorfheide einzuziehen. Das Bürgerbüro befindet sich in der Eisenbahnstraße 51.

Zur Haushaltssituation unserer Stadt

Vergleicht man die Entwicklung von Eberswalde unter Beachtung des Zustandes von 1989 mit anderen in etwa gleichartigen Städten, muß man mühsam lange suchen, beneidenswert Bessere zu finden. Sicher sind auch bei uns Fehler gemacht worden – korrigierbare und schwer korrigierbare – wie etwa falsches Verhalten gegenüber den Umlandgemeinden in den ersten Jahren nach der Wende, bei der Flugplatzproblematik oder das Nichtzustandekommen der Entwicklung einer großen Autofabrik wegen einer unglücklichen Golfplatzdiskussion.

Aufgabe der Haushaltsführung in unserer Stadt ist, die bestmöglichen Lebensbedingungen für alle hier ansässigen Menschen gestalten zu helfen. Dazu gibt es sogenannte Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben, von denen nicht wenige für die Realitäten auch Pflichtaufgaben sind.

In jedem noch so sorgfältig geführten Haushalt kann es Situationen geben, die vorübergehend zu Mißverhältnissen zwischen Einnahmen und Ausgaben führen. Gemeindehaushalte sind das letzte Glied einer Kette von Bund, Land und Kreis und haben Auswirkungen auf die Menschen unmittelbar. Hier ist die größte Verantwortung zu tragen. Zwangsläufig muß dies unter Umständen auch zu Verschuldungen führen. Diese in absoluten Zahlen zu nennen, wirkt zwar eindrucksvoll, kann jedoch auch zu übertriebenen und schädlich falschen Schlußfolgerungen führen.

Bei Städtevergleichen sollte man die Schuldenzahl in Beziehung zur Einwohnerzahl setzen. Aus einer Umfrage bei den Mitgliedsstädten des deutschen Städtetages (ohne Stadtstaaten) kann man folgendes erfahren: Von 26 mit Eberswalde vergleichbaren Städten (16 alte Bundesländer, 10 neue Bundesländer) hatte Eberswalde 2002 eine Verschuldung je Einwohner mit 297,00 Euro nach Freiberg und Singen den 3. Platz (2003 betrug diese Zahl: 296,57 und für 2004 nach dem gegenwärtigem

Ermittlungsstand: 292, nach derzeitiger Einschätzungsmöglichkeit wird sie 2005 290 Euro betragen). Den 4. Platz hat Goslar mit 371,53 Euro je Einwohner. Sieben Städte haben Verschuldungen von mehr als 1000 Euro. Der höchste Wert beträgt 1819,72!

Wir sollten also mit unseren Zahlen uns nicht veranlaßt sehen, »Sparen um jeden Preis« durchzuführen. Viel wichtiger muß uns sein, die Attraktivität unserer Stadt zu steigern, nur damit kann die Haushaltslage besser werden. Ein wichtiges Thema ist dabei zum Beispiel unter vielem Anderem die Infrastruktur mit den Verkehrswegen. So sollte man z.B. sehr ernsthaft prüfen, ob nicht die Rekonstruktion der uralten Verbindung von Finow in Richtung Berlin (heute unter dem Namen »Telekomstraße« bekannt) Vorteile für Wirtschaft, Bevölkerungserhalt und Einwohnerzahlsteigerung mit sich bringen kann.

Unsere Stadt braucht nicht Einsparung, sondern mehr Zukunftsvisionen! Wir sollten uns noch mehr als bisher auf vorhandene günstige Bedingungen stützen und diese positiv ausbauend stärken und weiterentwickeln. Dies können z.B. sein:

- Hervorhebung der Tatsache, daß unsere Region für Deutschland die Wiege der Metallindustrie war. Mehr als anderswo gibt es hier Menschen, die dank der Tradition damit gut umgehen können.
- Die geographische Lage mit Verkehrsbedingungen »zu Lande« mit Schiene und Straße, »zu Wasser« mit dem Oder-Havel-Kanal sowie »zur Luft« mit dem ausbaufähigem Flugplatz.
- Die Fachhochschule sollte viel mehr hervorgehoben und angeregt werden besonders zur Innovationsvermittlung für Industrie-, Handwerks- und Handelsbereiche.
- Die Werbung für Tourismus und Eberswalde als Wohnstadt in Hauptstadtnähe sollte intensiver gestaltet werden.

Dr. med. SIEGFRIED ADLER,
Stadtverordneter der FDP

Familiengarten als Stadtzentrum?

Die Äußerung von Bürgermeister Reinhard Schulz, den Eberswalder Weihnachtsmarkt und das Finowkanalfest im nächsten Jahr wieder im Familiengarten durchführen zu wollen, läßt Befürchtungen von Händlern und Kulturschaffenden aus der Zeit der Laga-Planung wahr werden. Der Innenstadt werden wichtige Höhepunkte und kulturelle Angebote entzogen, um das ehemalige Laga-Gelände besser auszulasten. Ausnahmen entwickeln sich still und heimlich zu Dauerlösungen.

Dazu erklärt Andreas Fennert, Stadtverordneter von Bündnis 90/Die Grünen: »Die Absichten von Bürgermeister Schulz lassen ein Gespür für die Entwicklung des Stadtzentrums und die hier ansässigen Einzelhändler vermissen. Sie zeigen, daß die vollmundigen Aussa-

gen zur Belebung der Innenstadt, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Kreishausbau, nur Lippenbekenntnisse waren. Die aufgrund von Sparzwängen im Raume stehende Schließung der Tourismusinformatik im Museum und die Aufrechterhaltung nur noch einer Infostelle im Familiengarten, gehen in die gleiche Richtung.«

Den Weihnachtsmarkt in diesem Jahr im Familiengarten abzuhalten, war eine Entscheidung, die von vielen Einzelhändlern und Bürgern kritisiert wurde. Daß dies zur Regel wird und weitere kulturelle Angebote aus dem Zentrum verschwinden, sollten die Stadtverordneten nicht zulassen.

THORSTEN KLEINTEICH, Geschäftsführer
Bündnis 90/Die Grünen im Barnim

TWE GmbH mit Umsatzplus

Bereinigter Fehlbetrag lag 2003 dennoch bei 2,5 Millionen Euro

Eberswalde (bbp). Mit einer Verzehnfachung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr auf fast 600.000 Euro kann die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) für das Geschäftsjahr 2003 glänzen. Das geht aus dem Beteiligungsbericht hervor, der als Bestandteil des Haushaltsplanentwurfes für 2005 jetzt den Eberswalder Stadtverordneten vorgelegt wurde. Die Umsatzerlöse decken allerdings nicht einmal den Personalaufwand des zu 100 Prozent in städtischem Besitz befindlichen Betriebes ab. Die Beschäftigtenzahl stieg durch die Inbetriebnahme des Sportzentrums Westend von 9 auf 17, wodurch die Personalkosten von 415.000 auf rund 660.000 Euro anwuchsen. Der durchschnittliche Personalaufwand pro Mitarbeiter und Jahr sank hingegen von 46.100 auf 38.800 Euro.

Auf welche Geschäftsbereiche des Unternehmens der Umsatzanstieg zurückgeht, ist dem Beteiligungsbericht nicht zu entnehmen. So kann nur vermutet werden, daß vor allem die Eröffnung des Sportzentrums Westend im Sommer 2003 zu dem Umsatzplus beigetragen hat. Rund 230.000 Besucher nutzten bis Mitte November 2004 allein die Schwimmhalle, davon, wie dem vorjährigen Beteiligungsbericht zu entnehmen war, 77.000 bis Dezember 2003. Die Sporthalle mußte im Juni 2004 nach nur einem Jahr Nutzung wegen Schäden an der Dachkonstruktion wieder vorübergehend geschlossen werden.

Technologie- und Gewerbepark Eberswalde:

Schultaschenproduzent erweitert Betrieb

Eberswalde (prest-ew/bbp). Eberswaldes Bürgermeister Reinhard Schulz durfte am 8. Dezember wieder mal einer seiner Lieblingsbeschäftigungen nachgehen, für die ihm seine beiden wiedergewählten Beigeordneten den Rücken frei halten von den Belastungen der Verwaltungsarbeit im Rathaus. Er durchschnitt das rote Band für die offizielle Übergabe des 3. Bauabschnittes des Produktionsbetriebes Thorka GmbH, Hersteller der bekannten McNeill-Schulranzen.

Vorrangig werden Schultaschen mit Zubehör wie Etuis gefertigt und vertrieben. Alles Notwendige für den Schulalltag ist im Angebot. Für jeden »Geschmack« ist etwas dabei ganz nach den Wünschen und Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen, oder der Eltern! Wichtig ist vor allem aber, daß die Produkte höchsten Qualitätsansprüchen standhalten. Bereits seit 1993 ist die GmbH in Eberswalde ansässig und beschäftigt hier inzwischen 70 Arbeitskräfte. Der Mutterbetrieb ist in Hainburg angesiedelt.

Die günstige Lage von Eberswalde zu Osteuropa und die Nähe zu den Kunden waren

Zu dem Umsatzanstieg trug sicherlich auch der Binnenhafen bei. Die dortige Umschlagsmenge erhöhte sich von 50.000 Tonnen im Jahr 2002 auf 216.000 Tonnen im Geschäftsjahr 2003. Dieser positive Trend setzte sich auch 2004 fort. Bis Mitte November wurden 257.000 Tonnen umgeschlagen. Nicht mitgeteilt wird, wieviel davon auf dem Wasserweg transportiert wurde und welchen Anteil der Umschlag von der Bahn auf LKW und umgekehrt ausmacht. Der Zuwachs resultiert allerdings maßgeblich aus temporären Baumaßnahmen wie den Ausbau der Bundesautobahn 11 und 20 sowie der Havel-Oder-Wasserstraße. Für eine kontinuierliche Grundauslastung des Hafens unternehmen die TWE »große Anstrengungen, weitere Unternehmen für eine Ansiedlung im Hafengebiet zu gewinnen«.

Weitere Geschäftsaktivitäten beziehen sich auf Abrißarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Heizwerkes in der Coppistraße sowie die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in den Bereichen Aschedeponie und Finowkanal-Park. Trotz der Verzehnfachung des Umsatzes schließt die Jahresrechnung 2003, rechnet man die außerordentlichen Erträge aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile heraus, mit einem Fehlbetrag von fast 2,5 Millionen Euro ab. Bereits 2002 lag der Jahresfehlbetrag bei knapp 0,9 Millionen Euro, nach 5,8 Millionen Euro im Jahr 2001 und 2,3 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2000.

ausschlaggebende Faktoren für die Ansiedlung in Eberswalde. Und das Konzept ist aufgegangen. Schon 1996 wurde der Betrieb erweitert. Jetzt sind zu den bereits investierten 5 Millionen Büro nochmals 1 Million Euro für den Bau einer Lagerhalle mit 450 Corlettenstellplätzen investiert worden.

Die Geschäftsführung der Thorka GmbH führte Bürgermeister Reinhard Schulz durch alle Bereiche des Betriebes und erläuterte die Unternehmensphilosophie. Mit dabei waren auch die am Erweiterungsbau beteiligten Unternehmen.



Laga-Übernahme ohne Info

Eberswalde (bbp). Bereits zur Sitzung des Eberswalder Hauptausschusses am 4. November hatte der Stadtverordnete Volker Passoke (PDS) eine schriftliche Aufstellung der finanziellen Auswirkungen der Übertragung der Laga GmbH auf die Stadt Eberswalde verlangt. Doch am 18. November stand der Übertragungsvertrag auf der Tagesordnung der StVv, ohne daß der Bericht zu den finanziellen Auswirkungen vorlag. Bürgermeister Reinhard Schulz versprach, die schriftlichen Informationen nachzureichen, was beim Stadtverordneten Gerd Markmann (PDS) angesichts der auf der Tagesordnung stehenden Abstimmung erhebliche Verwunderung auslöste. Informationslücken sah er insbesondere beim § 3 des Übertragungsvertrages, nach dem die Geschäfte und Handlungen der Laga GmbH ab dem 1.7. bis zum Erlöschen auf Rechnung der Stadt vorgenommen werden, beim § 5, der die Übernahme von zwei Beschäftigten regelt und beim § 8, in dem es heißt, daß durch den Vertrag und seinen Vollzug der Stadt Kosten entstünden. Geschäftsführerin Fellmer informierte daraufhin, daß sich die direkten Kosten der Umwandlung auf ca. 35.000 Euro Notargebühren belaufen werden, sowie 5.000 bis 10.000 Euro Grunderwerbsteuer. Darüberhinaus habe die GmbH per 30.6. mit einem Gewinn von 31.715 Euro abgeschlossen. »Mit diesem Gewinn soll die GmbH an den Bürgermeister übergeben werden«. Der Referent für Beteiligungen Robby Segebarth verwies darauf, daß »heute ein Auszug aus dem Haushaltsplan 2005 verteilt wurde«, in dem die im Haushaltsplan veranschlagten Auswirkungen vermerkt seien.

Dessen arrogante Bemerkung zum Informationsbedürfnis des fragenden Stadtverordneten hatte indes noch ein Nachspiel. Der Bürgermeister erhielt die Aufforderung, »daß er Herrn Segebarth höflichst darauf hinweist, daß der Angestelltenhorizont eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung nicht ausreichend ist, das Interesse oder Nichtinteresse eines Stadtverordneten an einer bestimmten städtischen Angelegenheit bewerten zu können.« Segebarth bedauerte inzwischen gegenüber dem StVv-Vorsitzenden seine Äußerung. Er werde »verstärkt Obacht darauf legen, daß durch künftige Äußerungen meinerseits derartige Mißverständnisse nicht mehr entstehen können«.

Ungeachtet des Informationsdefizites stimmten die Stadtverordneten bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen dem Übertragungsvertrag mehrheitlich zu.

Übernahme ohne Risiken

Eberswalde (bbp). Derzeit laufen bei der Laga GmbH noch vier Rechtsstreitigkeiten mit Baufirmen, die sich auf einen Streitwert in Höhe von 270.000 Euro belaufen. Geschäftsführerin Rose Fellmer betonte, dies seien nur 0,014 Prozent aller Bauleistungen. Die damit verbundenen Risiken seien vollständig durch die bilanzierten Rückstellungen abgedeckt.

Kritik als Anregung

Eberswalde (bbp). Scharfe Kritik gab anlässlich der Einwohnerfragestunde zur StVV-Sitzung am 18. November für die im November-Amtsblatt veröffentlichten Betriebskostenerhöhungen der WHG. Der WHG-Geschäftsführer Rainer Wiegandt hatte dort den Mietern die Erhöhung des Gaspreises von 6,7 Prozent und für die Fernwärme von 7,2 Prozent mitgeteilt. Die für die Preiserhöhung verantwortlichen Stadtwerke informierten erst eine Woche später in einer anzeigenfinanzierten Wochenzeitung über die Energiepreiserhöhungen. Allerdings ohne die Kalkulation für diese Erhöhung offenzulegen. Der Finower Bürger Bernd Pomraenke zweifelte deshalb die Billigkeit der Erhöhung an. Für einen Plattenbauhaushalt bedeutet das eine Erhöhung von ca. 30 Euro. Die Stadtwerke, so Pomraenke, machen nun offenbar ihre Ankündigung in der »Stadtwerke-Zeitung« wahr und legen die Kosten des Häuserabrisses auf die verbliebenen Mieter um. Von den städtischen Aufsichtsratsmitgliedern Peter Kikow und Wolfgang Sachse hätte Bernd Pomraenke erwartet, daß sie gegen diese Erhöhung protestiert hätten. Peter Kikow habe seinen Wählern versprochen, in seiner Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender entsprechend zu vertreten. »Wie versprochen so gebrochen, kann man da nur feststellen.« Bernd Pomraenke empfiehlt daher »den beiden Herren, ihre Aufsichtsratsposten bei den Stadtwerken unter Protest niederzulegen«. Die Fernwärmehöhen seien mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II und der schon angekündigten Rentennullrunde nicht vereinbar. Daß mir der Energie bisher »genügend Gewinn eingefahren wurde«, beweise die Investition der EWE in die »Märchenvilla«.

Kritik übte Bernd Pomraenke auch an die Adresse der PDS-Fraktion. Ihr zeige er die Rote Karte. »Warum haben sie die Zuständigkeit nur an den Kreis verwiesen und nicht gleich nach Potsdam oder Berlin, wo der Har(t)zer Käse verbrochen wurde?«

Zum Sparprogramm der Stadt hat Bernd Pomraenke folgenden Vorschlag: 45.000 Euro Zuschuß für die wichtige Buslinie zum Behördenzentrum sind nicht vorhanden, wohl aber 90.000 Euro für den zweiten Beigeordneten »auf ausdrücklichen Wunsch des Bürgermeisters. Sparen bei den 'Kleinen' ist anscheinend geil«. Die Oberen blieben verschont, das verstehen die Bürger nicht. Es gebe jedoch eine Lösung. Dann müsse eben der Bürgermeister mehr Verwaltungsarbeit leisten und könne weniger repräsentieren, »auch wenn ihm das selbst und auch Frau Behr, die sich dafür einsetzt, nicht gefällt«. So wären jedenfalls die 45.000 Euro für die Buslinie vorhanden und nochmals 45.000 Euro zum Stopfen anderer Löcher. Er hoffe, bemerkte Bernd Pomraenke abschließend, daß sein Beitrag wenigstens einige Abgeordnete zum Nachdenken angeregt habe.

Kein Beirat aber Mitsprache der Betroffenen

Eberswalde (bbp). Die Fraktion BKB/Freie Wähler in der StVV Eberswalde hatte im Oktober die Einrichtung eines Betroffenenbeirates für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger vorgeschlagen. Der Mehrheit der Stadtverordneten waren die Formulierungen zu unkonkret. Deshalb sollte die Vorlage im Sozialausschuß konkretisiert werden (vgl. BBP 11/2004). Resultat der Ausschußdiskussion, an der sich auch Vertreter der Vorbereitungsgruppe für die Eberswalder Montagsdemos beteiligten, war ein gemeinsamer Vorschlag von SPD, PDS und BKB/Freie Wähler.

»Da die Stadt Eberswalde als Träger von ALG II Maßnahmen ab dem kommenden Jahr in ihrem Territorium eine wichtige Funktion wahrnimmt«, heißt es in dem Antrag, »ist es notwendig, daß sich der zuständige Ausschuß mit diesem Thema regelmäßig auseinandersetzt. Dazu soll quartalsweise die Umsetzung von Hartz IV in der Stadt Eberswalde auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen. Dazu gibt es einen Sachstandsbericht der Ver-

waltung. Um eine sinnvolle Beteiligung von Betroffenen bei den Beratungen zu ermöglichen sollen zwei Vertreter aus den Reihen der Montagsdemonstration als Sprecher im Ausschuß vertreten sein.« Darüber hinaus bildet der Ausschuß eine Arbeitsgruppe, die sich aus Ausschußmitgliedern, Vertretern der entsprechenden Verwaltungseinheiten und Vertretern der Arbeitslosen-Initiativen zusammensetzt. Diese AG soll das Vergabeverfahren von »Ein-Euro-Jobs« durch die Stadt politisch und gemeinwesennah begleiten, eine Mitsprache haben bei Veränderungen von kommunalen Satzungen und Richtlinien, die eine unmittelbare Auswirkung auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger haben, und die Arbeitslosen-Initiativen bei der Entwicklung und Verbreitung eigener Ansätze zur Verbesserung ihrer Situation unterstützen.

Der geänderte Antrag wurde schließlich einstimmig von der StVV angenommen. Auch der Bürgermeister, der noch einen Monat zuvor »keinen Handlungsbedarf« sah, stimmte zu.

Stadtumbau ist nicht nur Wohnungsabriß



Daß es sich beim Stadtumbauprogramm keineswegs nur um ein Wohnungsabrißprogramm handelt, konnten Bewohner des Brandenburgischen Viertels kürzlich mit eigenen Augen verfolgen. Auf dem Hof zwischen Brandenburger Allee, Lehnitzsee- und Reinsberger Straße wurde der dortige Spielplatz »zurückgebaut«.

Erleichterungen für Menschen mit Behinderungen

Eberswalde (prest-ew). Die Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde Inge Kolodzeike informierte kürzlich über »Erweiterungen bei der Bewilligung von Parkerleichterungen für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen«. Ein entsprechender Erlaß des Brandenburgischen Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr trat am 1. November in Kraft. Zu den bisher berechtigten Personengruppen kommen folgende hinzu: Personen mit Morbus Crohn bzw. Morbus ulcerosa mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 60 sowie Stomaträger mit doppeltem Stoma.

Neu ist auch, daß erst beim zuständigen Amt für Soziales und Versorgung eine Bescheinigung über die Vorlage der Voraussetzungen beantragt werden muß. Dies geschieht entweder bereits im Verfahren Über die Feststellung des

Grades der Behinderung, bei der Bearbeitung eines Änderungsantrages oder formlos, wenn die vorgenannten Verfahren bereits abgeschlossen sind. Mit der Bescheinigung des Versorgungsamtes kann dann formlos bei der jeweiligen Straßenverkehrsbehörde ein Antrag auf eine Parkgenehmigung gestellt werden.

Eine weitere Neuerung ist die Ausweitung des Geltungsbereichs der Ausnahmegenehmigung zur Parkerleichterung. Nach einer Vereinbarung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gilt die Ausnahmegenehmigung künftig auch für das Land Berlin. Bereits ausgestellte Ausnahmegenehmigungen und Ausweise werden von den örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörden auf Wunsch für den erweiterten Geltungsbereich Berlin/Brandenburg geändert. Nachfragen bei Ingeborg Kolodzeike unter: 03334/64501.

Eigenheimstandorte in Eberswalde Investpauschale

Eberswalde (bbp). »Die Notwendigkeit der Bereitstellung von erschlossenen Bauland für den Eigenheimbau«, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage der FDP-Fraktion in der StVV Eberswalde, »wurde in den ersten Jahren nach der Wende durch die damalige Stadtführung nicht verkannt. Es ist allerdings festzustellen, daß die Umsetzung dieser Erkenntnis in reale Eigenheimstandorte ... nicht immer zielführend war.« Wegen hoher Restitutionsbelastung sei es für die Stadt wesentlich schwieriger gewesen als für die Umlandgemeinden, Bauland zur Verfügung zu stellen. Einige Zuordnungsverfahren dauern noch heute an. Da die Stadt auf geeignete Flächen meist keinen Zugriff hatte, setzte man zur Deckung des Nachfragebedarfs auf die »Initiative privater Investoren«. Die Stadt schaffte über eine Vielzahl von Bauleitplanungen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für diese Investoren. »Durch wirtschaftliche Schwierigkeiten einiger Investoren kam es bedauerlicherweise nicht zur Umsetzung einzelner, seit vielen Jahren rechtskräftiger Bebauungspläne, z.Bsp. Wohnpark Finow, Abrundung Ostende und Schleusenstraße.«

Aus finanziellen und satzungsrechtlichen Gründen waren auch die Stadt selbst und der ZWA bisher nicht in der Lage, u.a. das Baugebiet »Clara-Zetkin-Siedlung« komplett zu erschließen. »Das Tempo der Erschließung anderer Bauflächen, wie der ehemaligen Stadtgärtnerei und auch das NVA-Gelände an der Rudolf-Breitscheid-Straße wird allein durch die Eigentümer bzw. Investoren bestimmt.« Die Investorengruppe für das NVA-Gelände nahm nach dem Erwerb der Flächen von einer Ent-

wicklung »erstmal Abstand«, da ohne Fördermittel für den Abriss und wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eine Entwicklung des Gebietes derzeit nicht wirtschaftlich sei.

Die Stadtverwaltung erfasse derzeit Baulücken in einem digitalen Baulückenkataster. Die kommunalen Baulücken und bei Zustimmung auch die privaten Grundstücke, »werden zukünftig im Internet zum Zwecke der Bebauung angeboten«. Stadtverwaltung und Neueigentümer des Baugebietes »Schleusenstraße« (Am Sonnenhang) bemühen sich derzeit, den bestehenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzuheben, um entlang der bestehenden Straße Am Sonnenhang statt der dichten Reihenhausbebauung nach Bedarf Einfamilienhäuser zu errichten. Auch der Bebauungsplan »Abrundung Ostend« soll auf Antrag des Neueigentümers geändert werden, um den Neuerschließungsaufwand zu reduzieren und die Bebauungsdichte aufzulockern. Beide Neueigentümer planen 2005/2006 die Errichtung der ersten Einfamilienhäuser.

Die Flächen der ehemals von Arbeits- und Finanzamt genutzten Blöcke an der Eberswalder Straße sind im Eigentum des Landes. »Die Entwicklung der Flächen für Eigenheime ist prinzipiell vorstellbar. Dennoch sollten bei der Konzipierung des Standortbesitzes beachtet werden, daß die Umsetzung möglicherweise nicht unproblematisch ist.« Der schlechte Baugrund, die Belastungen durch den Verkehr der nahen B167 »und die Ziele des Stadumbaues (Stärkung/Stabilisierung der Ortskerne) sollten bei der Betrachtung zur Entwicklung als Eigenheimstandort beachtet werden«.

Beauftragte sollen berichten

Eberswalde (bbp). Geht es nach der PDS, wird die Stadtverordnetenversammlung künftig halbjährlich Tätigkeitsberichte der Gleichstellungsbeauftragten und der Behindertenbeauftragten der Stadt Eberswalde entgegennehmen. Auf der StVV-Sitzung am 30. November wurde dieser Vorschlag jedoch zunächst zur rechtlichen Prüfung an die Verwaltung verwiesen. Christian Trill (SPD) hatte eingewandt, die StVV sei nicht befugt, Stadtverwaltungsmitarbeiter direkt zur Berichterstattung heranzuziehen. Eine Klärung des Einwandes war am 30.

November nicht möglich, weil der für das Rechtsamt zuständige Beigeordnete Uwe Birk, wie er angab, die PDS-Vorlage noch nicht studiert habe. Ihr Unbehagen zum PDS-Vorschlag äußerte die CDU-Fraktionsvorsitzende Uta Behr. Die beiden Beauftragten hätten ihr volles Vertrauen, daß sie ihre Arbeit gut machen würden. Bei allem Informationsbedürfnis könne man doch schließlich nicht jeden Verwaltungsmitarbeiter vor der StVV berichten lassen. Auf der StVV-Sitzung am 16. Dezember steht die Vorlage erneut zur Abstimmung.

Brandstetter wollte Flugplatz für umsonst haben

Eberswalde (bbp). Im Schlußbericht zur Jahresrechnung 2003 wird für den Einzelplan 8 ein Kasseneinnahmerest »Zinsentnahmen AERO-Park Finow« i.H.v. 42.334,97 EUR erwähnt. Mit dieser Einnahme könne nicht mehr gerechnet werden, weil die AERO-Park Finow GmbH zwischenzeitlich aus dem Handelsregister gelöscht wurde. Da aus dem Schlußbericht nicht hervorging, auf welcher Darlehens-, Kredit- oder sonstigen Forderung diese Zinsforde-

rung beruht, bat der Stadtverordnete Gerd Markmann den Bürgermeister zur StVV am 18. November um entsprechende Auskunft.

»Grundlage für die Zinsberechnung«, wird in der Antwort mitgeteilt, »bildete der im Jahre 1996 zwischen der Stadt Eberswalde und der Entwicklungsgesellschaft Flugplatz Finow mbH (spätere Firmierung: Entwicklungsgesellschaft Aeropark Finow mbH) abgeschlossene Vertrag über den Verkauf und die Abtre-

Eberswalde (bbp). Zehn Jahre lang waren die Landkreise für die Verteilung der für die Gemeinden ausgereichten Investitionspauschalen zuständig. Da dies über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) geregelt wurde, nannte man diese Gelder kurzerhand GfG-Mittel. Nachdem ersichtlich wurde, daß die Verteilung dieser GfG-Mittel jedesmal zu einem Hauen und Stechen zwischen den verschiedenen regionalen Vertretern im Kreistag zu werden drohte, folgte der Kreistag Barnim 1996 einem Vorschlag der PDS-Fraktion und erstellte eine Prioritätenliste. Dadurch geriet das Hauen und Stechen in geregelte Bahnen. Gesetzliche Veränderungen führen nun dazu, daß ab nächstem Jahr auch die über den Kreis verteilte Investitionspauschale direkt an die Gemeinden gezahlt werden. Landrat Bodo Ihrke zog deshalb auf dem Kreistag Ende August Bilanz. 1995 bis 2003 seien knapp 67 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt nach kreislichen Schwerpunktsetzungen an die Gemeinden weitergereicht worden. Etwa ein Drittel aller zu Verfügung stehenden GfG-Mittel seien seit 1995 »allein in die beiden Mittelzentren Bernau und Eberswalde« geflossen, womit »die vom GfG geforderte Ausrichtung der Mittelvergabe auf die zentralen Orte« Berücksichtigung fand.

Der Eberswalder Kämmerer Lutz Landmann bestätigte dieser Tage die Einschätzung Ihrkes. Der Anteil der Stadt an den GfG-Mitteln betrug im Durchschnitt 22,3 Prozent. Den größten Happen konnte die Stadt für sich im Jahr 1999 verbuchen, als mit 3,6 Millionen Euro fast 40 Prozent aller GfG-Mittel in Projekte der Stadt flossen. Ein großer Teil kam dem Bau des Binnenhafens zugute, dem auch der Kreis in seinem »Integrierten Wirtschaftskonzept« große Bedeutung beimißt. Später spielte der Familiengarten in der Investitionstätigkeit der Stadt eine große Rolle. Gemessen am Durchschnitt stehen der Stadt Eberswalde im nächsten Jahr weniger Investitionsmittel zur Verfügung. Da allerdings die kreislichen Zuweisungen in den letzten vier Jahren unterdurchschnittlich ausfielen, kann sich der Kämmerer 2005 mit 4,2 Millionen Euro über einen Zuwachs an Investitionsmitteln freuen. Im Vorjahr standen ihm einschließlich der kreislichen GfG-Mittel insgesamt nur knapp 2,9 Millionen Euro aus der Investpauschale zur Verfügung.

»Der seinerzeitigen Anteile der Stadt Eberswalde an der Flugplatz Finow GmbH und der von der Stadt Eberswalde diesbezüglich zum Ansatz gebrachte Kaufpreis. Die Forderungen der Stadt Eberswalde wurden von der Käuferin nicht anerkannt, eine Begleichung erfolgte nicht. In Anbetracht der Löschung der Käuferin aus dem Handelsregister, ... wegen Vermögenslosigkeit..., wurde der Kasseneinnahmerest bereinigt.«

Wirtschaftsförderung

Die Fraktionen von CDU und SPD wollen einen Fonds über 500.000 Euro für die Förderung herausragender Infrastrukturprojekte im Landkreis Barnim einrichten. Auch die PDS-Fraktion hält Wirtschaftsförderung für eine unterstützenswerte Forderung. Der CDU/SPD-Antrag ist zwar eine öffentlich wirksame Forderung, die sich gerade angesichts einer desolaten Wirtschaftspolitik im Land sicher gut macht. Jedoch ist diese Forderung mit einigen Problemen behaftet.

Da ist zum einen die Finanzierung: vorgeschlagen wird, die 500.000 Euro aus dem Eigenanteil für den Kreishausesneubau zu nehmen, einem – wie uns immer wieder gesagt wurde – entscheidenden Infrastrukturprojektes des Kreises. Also fördern wir Infrastrukturprojekte, indem wir von anderen Infrastrukturprojekten Mittel wegnehmen. Noch abenteuerlicher wird es aber, wenn die entnommenen 500.000 Euro dann durch einen Kredit refinanziert werden sollen. Das bedeutet de facto, daß die ohnehin schon anzuzweifelnden Kosten des Kreishauses nochmals erhöht werden, denn ein Kredit verursacht Zinsen.

Ein zweites Problem dieses Antrages bleibt die inhaltliche Unterersetzung. Da betont der Wirtschaftsdezernent immer wieder, daß die Abschaffung der Investpauschale den Kreis seiner Möglichkeiten beraubt, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben. Aber Herr Bockhardt hat wohl vergessen, daß der Kreis im Rahmen der Investpauschale nie über eigenes Geld verfügte – es stand immer den Kommunen zu. Die PDS ist sehr froh, daß diese Mittel nun direkt an die Kommunen weitergeleitet werden, auch weil damit Diskussionen um Übervorteilung bzw. Benachteiligung einzelner Kommunen durch den Kreis endlich der Vergangenheit angehören. Der Landkreis muß die Steuerungsfunktion behalten, hört man nun, und dazu gehöre nicht nur der Überblick, sondern auch Geld. Letzteres ist nach Aussage des Landrates nicht da.

Bleibt die Frage nach dem Überblick. Mit dem Landeshaushalt nicht vor April 2005 zu rechnen. Das heißt, die Unwägbarkeiten für die kommunalen Haushalte bleiben riesig. Mit dem Infrastrukturfonds werden die Kommunen de facto aufgefordert, Projekte zu benennen, die angesichts der Haushaltslage mit enormen Risiken behaftet sein werden. Deshalb schlug die PDS vor, den CDU/SPD-Antrag in den Wirtschaftsausschuß zu überweisen, um gemeinsam mit der Verwaltung und angelehnt an das IWEK Kriterien zu erarbeiten und im Rahmen der Diskussion um den zweifellos anstehenden Nachtragshaushalt Mittel für die Unterstützung von Projekten einzustellen. Das gäbe allen Beteiligten die Chance, sich entsprechend einzubringen und so sinnvolle und notwendige Entwicklungen anzuschließen. Dies wurde von SPD/CDU abgelehnt.

Lutz Kupitz, PDS-Kreistagsfraktion

Peinliche Kuriositäten

Das hatte der Kreistag, der am 24. November zu seiner 7. Sitzung zusammen kam, noch nicht erlebt, da bittet die PDS-Fraktion die SPD/CDU-Einreicher um die Begründung ihrer Vorlage und der Landrat fordert den Sozialdezernenten auf, diese Aufgabe zu erfüllen. Als dann noch eine Anfrage an den Landrat vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Tonndorf beantwortet wurde, war klar, die Geschäftsordnung des Kreistages sollte nochmals zur Pflichtlektüre des Landrates, des Vorsitzenden des Kreistages und des SPD-Fraktionsvorsitzenden gemacht werden. Nachfolgend ein Beitrag der Vorsitzenden der PDS-Fraktion MARGITTA MÄCHTIG zum Kreishaushalt 2005, der auf dieser Sitzung mit SPD/CDU-Mehrheit beschlossen wurde

93 Tage sind seit der vorangegangenen Kreistagssitzung und 68 Tage nach der Landtagswahl vergangen. Damit auch 65 Tage nachdem CDU und SPD im Kreistag Barnim erklärten, daß mit dem Sieg der PDS in den Wahlkreisen des Barnims zu den Landtagswahlen der Weg der konstruktiven Zusammenarbeit im Kreistag beendet sei, schließlich habe weder die SPD und noch weniger die CDU bei diesen Wahlen profitieren können. Welch heroische Zielstellung für eine konstruktive Arbeit im Kreistag Barnim!

Ziel der Arbeit der PDS-Fraktion im Kreistag war und ist es, die Entwicklung im Landkreis in Interessenabwägung der einzelnen Teilräume und des sozialen Friedens der Bürgerinnen und Bürger zu begleiten und sich dafür in Gemeindevertretungen, in den Ausschüssen und im Kreistag zu engagieren. Wenn die Ziele der sogenannten Volksparteien das eigene Wohl und Wehe vor denen der Bürgerinnen und Bürger stehen, war und ist dieses Wahlergebnis wohl Ausdruck dafür, daß Wählerinnen und Wähler genau dies erkannt haben.

Die vergangenen Tage und Wochen, waren trotz allem auch geprägt von reichlich Arbeit um Voraussetzungen für ein erfolgreiches Jahr 2005 zu schaffen. Dazu gehört unbestritten, wenn auch nicht ausschließlich die Aufstellung einer geordneten, soliden und verantwortbaren Haushalts- und Finanzwirtschaft im Landkreis. Für die PDS gehört der Blick voraus ebenso dazu, wie die Konzepte und Lösungen, die über den Tag hinausreichen und insbesondere helfen bürgerschaftliches Engagements zu unterstützen und zu befördern, um somit den sozialen Frieden im Landkreis zu sichern. Dabei gilt es angesichts der wenig transparenten, um nicht zu sagen chaotischen Finanzpolitik der Bundes- und Landesregierung, einen realistischen Blick auf die kreislichen Finanzen zu bewahren. Beim Einsatz kreislicher Finanzmittel muß es darum gehen, möglichst viele positive Effekte für die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in unserem Landkreis zu erreichen.

Realistischer Blick heißt, unkalkulierbare finanzielle Risiken zu vermeiden. Dazu zählen wir auch Kredite, deren Zielrichtung verschwommen und deren Amortisation ungeklärt ist. Eine Förderung der Förderung willen ist für uns nicht akzeptabel. Die Fraktion der PDS hat immer eine sehr wirklichkeitsnahe Einschätzung der Einnahme- und Ausgabesituation des Kreishaushalts vertreten; sie tut das

auch diesmal. Wirklichkeitsnah heißt jedoch nicht, die Einnahmen unter- und die Ausgaben zu überschätzen, um dann später Mittel anders als geplant ausgeben zu können. Die Kreisverwaltung ist Dienstleister für die Bevölkerung. Das muß sich auch in den Ausgaben des Kreishaushalts widerspiegeln – entweder durch eigene Leistungen der Verwaltung oder durch finanzielle Unterstützung derer, die auf Leistungen angewiesen sind oder diese Leistungen bringen. Wahrheit und Klarheit sind unverzichtbare Säulen kommunaler Haushalte. Die Mittelbewirtschaftung ist daher kritisch zu hinterfragen. Dazu zählen u.a. der konsequente Abbau von Kasseneinnahmeresten und der transparente Umgang mit Haushaltsausgaberesten. Die Jahresrechnung 2003 weist Ausgabereste in Höhe von rund 22 Mio. Euro und Kasseneinnahmereste in Höhe von rund 15 Mio. Euro auf. Es scheint momentan – besonders auf der Bundesebene – »Mode« zu sein, politische Konzepte, die man aus welchen Gründen auch immer durchsetzen möchte, als alternativlos darzustellen. Aber wir alle wissen, es gibt immer Alternativen. In einem Haushalt mit einem Gesamtvolumen von mehr als 179 Mio. Euro gibt es immer Entscheidungsspielräume. Wir meinen, daß es falsch ist, einen fundierten und auf den sozialen Frieden des Landkreises ausgerichteten zeitgemäßen und vom zuständigen Ausschuss mehrheitlich befürworteten Antrag einfach abzulehnen. Die Begründung, daß unsolide Deckungsquellen angegeben seien, ist falsch. So zeigt zum Beispiel eine Analyse des Stellenplanes und der Personalkosten der vergangenen Jahre, daß hier finanzielle Reserven vorhanden sind. In den zurückliegenden 5 Jahren wurden durchschnittlich eine Mio. Euro mehr geplant als ausgegeben. Von den in den Haushaltsplänen geplanten Stellen waren im Durchschnitt 30 nicht besetzt. Auch bei der Berechnung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen erscheint uns die angesetzte Zahl der Bedarfsgemeinschaften als um wenigstens 500 zu hoch. Die Analyse des gesamten Einzelplanes 4 (Soziales) der vergangenen Jahre zeigte, daß stets weniger eingenommen und ausgegeben wurde als geplant. Die Einnahmen mußten jedoch nie so stark nach unten korrigiert werden wie die Ausgaben; hier konnte man also immer von einem bestimmten Puffer ausgehen, der der Zuführung zur Rücklage zugute gekommen ist, statt einer gesicherten Sozialarbeit im Landkreis.

Die Eberswalder Montagsdemos im November

Stripteaseshow und Sklavenmarkt

Eberswalde (bbp). Auch im November hielten die Proteste gegen den Sozialabbau durch Hartz IV und Agenda 2010 an. Die Teilnehmerzahlen an den Eberswalder Montagsdemos lagen stabil zwischen 100 und 140. Mit immer wieder neuen Ideen sorgt die Vorbereitungsgruppe für vielfältige und abwechslungsreiche Aktionen.

12. Montagsdemo am 8.11.

Gut 140 Demonstranten wurden bei der zwölften Montagsdemo gezählt. Nach dem kontinuierlichen Rückgang der Teilnehmerzahlen in den vorhergehenden Wochen kamen damit erstmals wieder mehr Teilnehmer zur Kundgebung auf den Eberswalder Marktplatz.

Die Moderation hatte diesmal Frank Töpfer übernommen, der auch die erste Ansprache hielt. Er setzte sich dem Thema Gerechtigkeit auseinander und benannte Beispiele der Ungerechtigkeit. Nach ihm unterzog Ralf Jahnke der Haushaltspolitik der Bundesregierung einer scharfen Kritik. Er ging mit dem Mikrofon zu den Demonstranten und fragte sie, ob sie eine neue Fregatte benötigten. »Nein? Aber Verteidigungsminister Struck braucht eine neue Fregatte für 700 Millionen!« Im weiteren machte er deutlich, wie ungerecht der Reichtum in Deutschland verteilt wird.

Am offenen Mikro meldete sich Bernd Pomraenke zu Wort. Er geißelte die Rentenpolitik der Bundesrepublik, die den Rentnern weitere Null-Runden verordnen will. Andererseits wird das Leben immer teurer. Die Energiekonzerne fordern gerade wieder höhere Energiepreise. Er riet, gegen die neuen Fernwärme und Erdgaspreise Widerspruch einzulegen.

Mit dem Ruf »Hartz IV-Betroffene machen sich nackig« begann anschließend die angekündigte Striptease-Show. Hinter einer von Scheinwerfern angestrahlten Leinwand zeigte Sandra – die als Hartz IV-Betroffene weiß, worum es geht – was die Arbeitslosenagentur von ihren »Kunden« erwartet. Von heißer Musik und den feurigen Sprüchen von Tobias angetrieben ließ sie die Hüllen fallen.

Der sich anschließende Demonstrationszug führte etwa 80 Leute über die Friedenbrücke ins Leibnizviertel. Mit Musik und Sprechchören machten die Demonstranten auf sich und ihre Situation aufmerksam. Und sie wurden gehört und gesehen.

13. Montagsdemo am 15.11.

»Hartz IV und die Migranten« war das Motto der 13. Montagsdemo. Zur Kundgebung kamen etwa 120 Demonstranten. Frank Töpfer gab zunächst eine Erklärung zum 9. November ab, dem Tag des Mauerfalls, ehe er das Mikro an Peter Bachstein, Journalist aus Freudenberg, übergab, der zum Thema des Tages sprach. Er unterstrich den kulturellen Reichtum einer multikulturellen Gesellschaft, die gemeinsame Interessenlage von Migranten und Hartz IV-Betroffenen und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens. Nach ihm ergriff Anne Resmer das Wort. Am offenen Mikro geißelte ein Demonstrant die Weltfirma McKinsey, die viele Regierungen beim Sozialabbau berät. McKinsey sei als Mitglied der Hartz-Kommission für die Hartz-Verelendung und -Entrechtung mitverantwortlich. »Die Bundesregierung sorgt dafür, daß McKinsey noch reicher wird. Sie ist eine Regierung für die Monopole!«

Anschließend marschierten wieder ca. 80 Demonstranten mit Fackeln, Musik und Sprechchören über die Friedrich-Ebert-Straße und Eisenbahnstraße zurück zum Marktplatz, wo Tobias Emmerich noch eine halbe Stunde lang Lieder zur Gitarre sang. Als weiteres Mittel gegen die Kälte gab es am Lagerfeuer Kaffee und Grog.

14. Montagsdemo am 22.11.

Trotz sehr schlechten Wetters kamen zur vierzehnten Eberswalder Montagsdemo wiederum zirka 120 Demonstranten. Sie bewiesen damit ihren unbeugsamen Willen, die Montagsdemos auch weiterhin durchzuführen. Nach Begrüßung durch Moderatorin Ute Frey erhielt Birgit Kühn, Anmelderin und Organisatorin der Angermünder Montagsdemos, das Wort. Sie warb für die Zusammenarbeit der Montagsdemonstranten der verschiedenen



Städte, weshalb sie auch hier auf der Eberswalder Montagsdemo spreche.

Anschließend sprach der Berliner Wohnungsbesetzer Kurt Schettlinger. Der Einigungsvertrag sei nicht erfüllt. Die DDR-Bürger wurden um das von ihnen erarbeitete Miteigentum am Volkseigentum betrogen. Er rief dagegen zum Widerstand vor dem Europäischen Gerichtshof auf.

Danach erläuterte Ute Frey, was unter dem sich anschließenden zu verstehen ist.

Für die sich anschließende Aktion wurden zwei Kolonnen von Hartz IV-Betroffenen als »Sklaven« an Stricken zusammengebunden und mit Schildern dekoriert, auf denen die Bedingungen der 1,10-Euro-Jobs dokumentiert waren: Arbeitsdienst, ohne Berufsschutz, ohne Arbeitnehmerrechte, ohne Lohn, mit beliebigem Arbeitsort und mit Leistungszug bei Zuwiderhandlung. Nun zog der »Eberswalder Sklavenmarkt« durch die Innenstadt. Die »Sklaven«-Kolonnen wurden von »Herren mit Zylindern«, den Nutznießern, geführt und mit »Peitschen vom Landkreis und der Stadt« angetrieben. Die »Sklaven« wurden dann am Karl-Marx-Platz, wo die Demonstration endete, für 1,10 Euro versteigert.

Gemeinsam mit Birgit Kühn fuhren anschließend Georg Büchner und Albrecht Triller zur Montagsdemo nach Angermünde, auf der sie die Grüße der Eberswalder Montagsdemo überbrachten.



15. Montagsdemo am 29.11.

Zur fünfzehnten Montagsdemo in Eberswalde wurden 105 Teilnehmer gezählt. Die Moderation hatte diesmal Manuela Richter übernommen. Als erster Redner sprach Roland Klautke aus Berlin, Mitorganisator der Berliner Montagsdemos. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Zusammenwirken der Montagsdemonstranten über die Ortsgrenzen hinaus. Ihm folgte Ralf Jahnke, der über die Aktion »Agenturschluß« sprach. Die Aktion richtet sich an die Beschäftigten der Agenturen für Arbeit, ihren Handlungsspielraum in der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze zu nutzen und sich ebenfalls dagegen zu wehren, daß Menschen derart entwürdigend behandelt werden. »Wir hoffen und bauen auf die gegenseitige Solidarität!«

Frank Töpfer meldete sich zum Thema Betroffenenbeiräte zu Wort und bezeichnete es als Erfolg, daß die StVV Eberswalde eine Teillösung beschlossen hat. Auch an den Landkreis wurde die Forderung nach Gründung eines Betroffenenbeirates gerichtet.

Am offenen Mikro versprach Margitta Mächtig, sich als Landtagsabgeordnete für die Betroffeneninteressen einzusetzen.

16. Montagsdemo am 6.12.

Die Organisatoren der Montagsdemo sprachen dem Eberswalder Bürgermeister ihren Dank aus, daß er den Marktplatz für ihre Aktionen freigehalten hat und den traditionellen Weihnachtsmarkt in den abgelegenen Familienpark verbannte. Am Fuße des Weihnachtsbaumes auf dem Eberswalder Markt wollten die rund 130 Montagsdemonstranten diesmal nachschauen, was der Nicolaus ihnen und ihren Familien als Hartz IV-Betroffene unter den Weihnachtsbaum legt. So richtig glücklich über das, was sie fanden, wurden sie nicht. Hartwin Schulz brachte es auf den Punkt, als er rief »Den Kindern steckt man am Tag des Nicolaus Schokolade in den Schuh. Den Arbeitslosen steckt man in die Schuhe, daß sie faul sind, den Sozialstaat bankrott machen.«

Bevor Hartwin Schulz als Hauptredner des Abends ans Mikro trat (sein Redebeitrag ist auf Seite 1 dieser Ausgabe dokumentiert), bat die Moderatorin Ute Frey die Anwesenden, eine Schweigeminute für Amadeu Antonio einzulegen. Dem angolanischen Vertragsarbeiter, der am 6. Dezember 1990 an den Folgen der Verletzungen starb, die ihm der in Eberswalde tobende rassistische Mob ein paar Tage zuvor zugefügt hatte.

Nach einem kurzen Redebeitrag von Frank Töpfer trug Rolf Richter das 1928 von Erich Kästner geschriebene »Weihnachtslied – chemisch gereinigt« vor. Für die musikalische Umrahmung sorgten Tobias Emmerich mit dem Adventslied »Vorfreude, schönste Freude«, allerdings mit einem etwas abgewandelten Text von Änne Resmer sowie Hartwin Schulz, der weihnachtliche Weisen auf der Trompete zum besten gab.

StVV-Vorsitzender bei der Vorbereitungsgruppe der Montagsdemos

Wir müssen Mehrheiten finden

Proteste sollten sich gegen die Hauptverantwortlichen richten

Eberswalde (at/bbp). Als prominenten Gast konnte Vorbereitungsgruppe der Eberswalder Montagsdemo am 17. November Friedhelm Boginski begrüßen. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde wollte die Befindlichkeiten und die Erwartungen der Organisatoren der Montagsdemos im unmittelbaren Gespräch kennenlernen. »Die Hartz IV-Betroffenen wollen nicht vergessen werden«, machte Ute als erste der 26 anwesenden Freunde der Vorbereitungsgruppe deutlich. »Wir erwarteten von der Stadtverordnetenversammlung, daß sie sich mit der Lage der Betroffenen beschäftigt und zu helfen versucht.«

»Wie soll ein Empfänger von ALG II mit 331 Euro im Monat auskommen?«, fragt Hartmut den zweithöchsten Repräsentanten der Stadt. Robert erwartet von der kommunalen Ebene, daß man sich gemeinsam gegen Hartz IV zur Wehr setzt. Die Stadt muß überall ihre Leistungen senken und leidet am Ende auch durch Hartz IV. »Wir Betroffene sind unten und die Stadt ist die unterste Ebene – das kann doch die Basis für gemeinsamen Widerstand sein.« Frank fragte, was die Stadt gegen Hartz IV getan habe. Der Bürgermeister solle sich mal für die Hartz IV-Betroffenen so engagieren, wie er es für den Karnevalsclub tut. »Die Abgeordneten sehen sich nicht in der Verantwortung für Hartz IV«, beklagte Karla. Sie will sich damit aber nicht zufrieden geben. Auch die Rentner seien vom Sozialabbau betroffen, erklärt Bernd sein Engagement für die Montagsdemo. Fehlende Rentenangleichung einerseits, permanente steigende Kosten belasten die Rentner.

Friedhelm Boginski erklärte, daß er die soziale Schieflage kenne. Er selbst sei nach langem Zögern als Abgeordneter angetreten, um in der Stadt etwas nach vorn zu bringen. Aber er müsse immer aufs Neue erfahren, daß Mehrheiten entscheiden. »Man muß also Mehrheiten finden, um etwas zu erreichen.« Er fand die Aktion der Betroffenen mit den gelben Karten und den Einwohnerfragen in der StVV am 21. Oktober richtig, vermißte aber, daß sich der Protest gegen die Hauptverantwortlichen, nämlich gegen die SPD richtet.

Albrecht nahm Bezug auf die Forderungen der Eberswalder Montagsdemo. Zwar sei das Thema Betroffenenbeirat aufgegriffen worden, aber die Stadtverordnetenversammlung habe sich bisher nicht zu Hartz IV positioniert, wie von Montagsdemo gefordert. Er übergab dem StVV-Vorsitzenden Themen, mit denen sich die Betroffenenvertretung beschäftigen sollte. Den Anwesenden stellte das Ergebnis der Beratung des Sozialausschusses zum Thema Betroffenenbeirat vor.

Ute äußerte sich empört über das Auftreten von Jürgen Kumm (SPD) im Sozialausschuß. Dieser hatte gesagt, die Betroffenen sollten

aufhören zu jammern. Er sei selbst schon arbeitslos gewesen und er wisse von seinen Freunden, daß sie mit ALG II mehr erhalten würden, als bisher mit Sozialhilfe.

Die nun in der StVV beschlossene »kleine Lösung« für den Beirat verdiene nicht die Achtung, die aus der Wertung von Albrecht anklang, meinte Rolf. Die SPD schmücke sich jetzt mit ihrem Verständnis für die Betroffenen. Ein Beirat wäre ein verbindliches und wirkungsvolles Gremium, während eine Arbeitsgruppe des Ausschusses und das Rederecht für zwei Betroffene sehr unverbindlich seien. Zudem ist der Sozialausschuß nur für einen Teil der Probleme zuständig, die Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger betreffen.

Dieter wies auf die besonders schwerwiegenden Folgen von Hartz IV für die Kinder hin. Manuela forderte, die Stadt müsse mehr für die Kinder tun. Einen wachsenden Bedarf an Kapazitäten des Frauenhauses sieht Karla. Das ergebe sich durch die besondere Benachteiligung der Frauen durch Hartz IV. Sie trug dann den unbefriedigenden Antwortbrief des Bürgermeisters auf ihre Einwohnerfrage zu Geltung des Sozialpasses vor.

Friedhelm Boginski wies darauf hin, daß er als StVV-Vorsitzender für den ordnungsgemäßen Verlauf der StVV verantwortlich sei. Auf die Antworten des Bürgermeisters habe er aber keinen Einfluß. Den von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf bezeichnete er als inakzeptabel. Streichungen an den falschen Stellen und Großzügigkeiten, wo sie überhaupt nicht angebracht sind (Beispiel Reinigungskosten Rathaus). Er nehme die Folgen für die Kinder sehr ernst. An seiner Schule würden schwache Schüler unterstützt.

Georg nahm die schwindende Einwohnerzahl zum Anlaß, von der Stadt Gegenmaßnahmen zu fordern. Jährlich 900 Wegzüge seien Ausdruck der Perspektivlosigkeit. Wenn die Politiker nicht begreifen, was zu tun ist, müssen wir uns organisieren. Bernd stellt fest, daß die Wegzüge zum Teil nur ins Umland erfolgen, weil die Stadt nicht rechtzeitig und genügend Eigenheimbaugrundstücke zur Verfügung gestellt habe.

Dieter kritisierte angesichts leerer Kassen das Festhalten an Prestigeobjekten, wie z.B. das Kreishaus auf dem Pavillonplatz. Die Grundwasserprobleme würden ein Übriges tun, um die Kosten nach oben treiben.

Hartwin unterstrich die Notwendigkeit, daß die Betroffenen auf die Straße gehen. Das habe ihm allerdings schon eingebracht, daß er von Bürgermeister Schulz auf die schwarze Liste gesetzt worden sei. Als Gastgeber und Moderator bedankte er sich für den Besuch des StVV-Vorsitzenden und lud ihn zu den nächsten Montagsdemos ein.

»Die Zahl der teilnehmenden Städte zählt«

Ich spreche als Vertreterin der Angermünder Montagsdemo zu Ihnen. Wir sind zur Zeit nur wenige Montagsdemonstranten, aber für mich zählt nicht die Anzahl der Demonstranten sondern die Zahl der teilnehmenden Städte. Deshalb arbeite ich auch mit anderen Städten zusammen. So mit Schwedt, Senftenberg und Lutherstadt Wittenberg. Ich habe mich ganz besonders über die Einladung nach Eberswalde gefreut. Je mehr Organisatoren der einzelnen Städte zusammenarbeiten, desto so stärker werden wir.

Das wird den Politikern von SPD und CDU überhaupt nicht gefallen und das ist gut so. Sie sollen wissen, daß die Städte zusammen arbeiten. In Angermünde habe ich als Privatperson aufgerufen. Ich bin parteilos und unterstütze auch keine Partei. Auch ich, so wie meine Familie, bin von diesem Gesetz betroffen. Ich habe Hartz IV von allen Seiten betrachtet und mußte feststellen: Es ist eine Schande für so ein reiches Land. Auf den Angermünder Flugblättern steht: das Gesetz bringt nicht nur Armut, es nimmt uns auch die Menschenwürde.

Durch Hartz IV werden wir einen Überwa-

chungsstaat bekommen, den Deutschland noch nie erlebt hat. Stasiopfer erhalten eine Entschädigung und wer zahlt uns eine Entschädigung? Durch das Gesetz bekommt der Staat die billigsten Arbeitskräfte, die er kriegen kann. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich sage: weg mit Hartz IV, weg mit Agenda 2010! Die Billigjobs sollen sie selber machen!

Durch das Gesetz werden wir schlechter behandelt als Strafgefangene im Strafvollzug. Das Arbeitslosengeld II hat den Status einer verschärften Bewährungsauflage. Wir sind aber keine Schwerverbrecher sondern nur Arbeitslose. Durch das Gesetz werden wir versklavt, unterdrückt, ausgebeutet und erniedrigt! Die Regierung, zusammen mit der CDU, hat uns belogen und betrogen, das Faß ist übergelaufen. Wir fordern eine gerechte Politik. Die Regierung soll sich endlich von den Industriebossen abnabeln.

Jetzt werden die ersten Bescheide verschickt. Das wird unseren Demonstrationen, denke ich, am Anfang des neuen Jahres wieder stärkeren Zulauf verschaffen. Dann ist es wichtig, daß wir zusammenarbeiten und vor allem

zusammenhalten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Eberswalde. Jetzt appelliere ich an alle, die hier auf dem Marktplatz stehen: Haltet durch, es geht hier um unsere Zukunft. Wir Angermünder halten auch durch, die Demonstrationen sind schon bis Jahresende angemeldet. Wir lassen nicht zu, daß die Reichen immer reicher werden und wir als Gegenleistung Hartz IV bekommen. Für uns gibt es nur eine Alternative Hartz IV muß weg.

BIRGIT KÜHR aus Angermünde
am 22. November



Sozial gerecht und demokratisch

Heute möchte ich etwas los werden, was mich schon lange beschäftigt. Es geht um Steuerausfälle und die soziale Gerechtigkeit. Da gibt es einen Finanzminister Eichel, der jahraus, jahrein versucht, die Steuerlöcher durch Anhebung der Tabaksteuern, Ökosteuern, Mehrwertsteuern und durch Streichung von Feiertagen zu stopfen.

Ich frage Euch – warum? Hat Herr Eichel die ganzen Jahre nicht gemerkt, daß dadurch die Einnahmen sinken und weniger Geld in die Kasse kommt? Dann ist er fehl am Platze!

Warum versucht er es nicht einmal durch Steuersenkung? Wenn wir die Waren wieder leisten könnten, wären wir nicht gezwungen, das Geld im billigere Ausland auszugeben. Dann würde auch genug in die Kasse kommen. Ich weiß zwar auch nicht, ob dieser Vorschlag klappt, aber es wurde schon so viel von unserer Regierung versucht, was nicht geklappt hat, warum sollte dieser Vorschlag nicht versucht werden.

Genauso das Thema soziale Gerechtigkeit. Wenn man selbst kündigt oder Schuld an der Kündigung ist oder wenn man eine sogenannte zumutbare Arbeit ablehnt, wird einem das Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe gestrichen. Was aber ist mit den Bürgermeistern oder Ministern, die durch Eigenschuld abgewählt oder abgesetzt werden? Die können danach gut leben! Wir aber nicht! Findet Ihr das in Ordnung? Ist das soziale Gerechtigkeit?

Noch ein Wort zu den Sponsoren! Da gibt es Firmen und Konzerne, die können Vereine und Sportler so hoch sponsern, daß die sogenannten Sportler Millionen verdienen. Dadurch gibt

es bestimmt auch viele Sportler, die nicht mehr aus Überzeugung ihren Sport betreiben, sondern nur noch des Geldes wegen. Ist das gerecht? Können diese Konzerne oder Firmen dann nicht Arbeitskräfte einstellen? Das Geld dafür wäre doch da! Oder?

So kann es nicht weitergehen! Hier muß etwas getan und geändert werden! Das ist keine Gerechtigkeit!

Vorige Woche hat hier Frau Resmer über Korruption gesprochen. Korruption ist eine Straftat. Genauso wie Einbruch oder Diebstahl. Irgendjemand hat einmal gesagt, daß man Ministern mehr Geld gibt, um die Korruption abzubauen. Also Abbau der Kriminalität.

Da frage ich Euch, wann gibt man uns Arbeit und mehr Geld, damit wir nicht kriminell werden müssen, um leben zu können? Das war doch was, um Kriminalität vorzubeugen.

Ganz Kurz noch etwas zum Thema Demokratie. Wo herrscht hier Demokratie? Wo haben wir Mitspracherecht? Die ganze Demokratie beschränkt sich doch nur auf die Wahlen! Sind die Parteien oder die Leute dann gewählt, die eigentlich für unsere Interessen eintreten sollten – vertreten die meisten nur noch ihre eigenen Interessen. Und das soll uns nicht sauer machen?

Mitbürger! Findet ihr die heutige Politik, die auf unseren Schultern ausgetragen wird in Ordnung? Kann das so weitergehen? Nein!

Dann laßt uns weitermachen mit unseren Montagsdemos zum Zwecke des Widerstandes gegen diese ungerechte, falsche und unsoziale Politik.

FRANK TÖPFER am 8. November

Heute ihr, morgen wir

Nachdem nun Herr Eichel gemerkt hat, daß die Einsparungen durch Hartz IV nicht ausreichen, um den Haushalt zu sanieren, rücken die Rentner wieder ins Blickfeld der Abzocker. In der Presse werden die Rentner langsam darauf eingestimmt, daß es auch im Jahre 2005 keine Rentenanpassung geben wird, eben wegen der desolaten Haushaltslage. Heute ihr, morgen wir Rentner, das hatte ich schon vorausgesagt. Dazu braucht es keine hellseherischen Fähigkeiten, gesunder Menschenverstand reicht.

Ihr alle habt aber sicher auch die Ankündigungen der Energiekonzerne Edis und EWE gelesen, daß die Erhöhung der Gas- und Fernwärmepreise unumgänglich sei, da »die Nachfrage in China und Indien stark angestiegen und die Ölproduktion im Nahen Osten und Rußland unsicher ist«. Bisher waren jedenfalls die Gewinne so hoch, daß sich die EWE die Rekonstruktion der Märchenvilla leisten konnte. Auch die Stadt profitiert über ihre Anteile vom Gewinn der Stadtwerke aufgrund der hohen Energiepreise und kann es sich deswegen leisten, das Standesamt dahin zu verlegen.

Für eine Buslinie zum Behördenzentrum fehlen 45.000 Euro im Haushalt. Etwa 90.000 Euro für den zweiten Beigeordneten, den Herr Schulz behalten möchte, damit er selbst repräsentieren kann, sind anscheinend vorhanden. Mehr als 12.000 Einwohner haben die Stadt seit 1990 verlassen und der Schwund hält an. Bald wird die Stadt weniger als 40.000 Einwohner haben. Wozu dann noch zwei Beigeordnete? warum müssen nur die kleinen Mitarbeiter Federn lassen und die oberen Etagen bleiben verschont. Das verstehen die Bürger nicht!

BERND POMRAENKE am 8. November

Betroffenenvertretung

In der Zwischenzeit sind wir einem unserer Ziele, für die Hartz IV-Betroffenen eine Interessenvertretung zu schaffen, einige Schritte näher gekommen. Wie Ihr wißt, haben wir von den Stadtverordneten und vom Kreistag verlangt, Betroffenenbeiräte zu schaffen. Die Fraktion von BKB/Freie Wähler im Stadtparlament hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Darüber wurde kürzlich im Sozialausschuß beraten. Dort haben unsere Vertreter Rederecht erhalten. Für einen in der Hauptsatzung der Stadt verankerten Beirat fand sich zwar keine Mehrheit. Aber es wurde Einigkeit erzielt, in regelmäßigen Abständen über die Hartz IV-Problematik zu beraten und dazu eine Arbeitsgruppe zu gründen, der die Betroffenenvertreter angehören werden. Dieser Vorschlag wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. Wir werden mit dieser Form der Zusammenarbeit Erfahrungen sammeln und das Ziel eines satzungsgemäßen Beirates weiter verfolgen.

Im Kreistag haben wir ebenfalls die Einrichtung eines Beirats verlangt, weil das Sozialamt der Kreisverwaltung zusammen mit der Agentur für Arbeit für die Umsetzung von Hartz IV zuständig ist. Wir wissen aber noch nicht, welchen Erfolg das hatte. Welche Aufgaben soll ein solches Gremium haben?

Zu ALG II: Stand u. Probleme der Antragstellung; welche Gründe gibt es bei Ablehnung. Wir fordern, auch Alhi-Empfänger ohne Anspruch auf ALG II weiterhin zu vermitteln. Vergleich zwischen ALG-Höhe u. Kostenentwicklung. Härtefälle und Lösungen.

Zu den 1-Euro-Jobs: Entsprechen die Jobs den gesetzlichen Vorgaben (Gemeinnutz)? Vergabe unter Beachtung der Freiwilligkeit; Zumutbarkeit, Auswahlverfahren: gibt es Unterschiede zwischen ehem. Alhi- und Sozialhilfebeziehern? Vergleich von Mehraufwand und Mehraufwandsentschädigung; Vertretung durch Betriebs- u. Personalräte; Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz, Gebührengestaltung und Sozialleistungen der Stadt. Bleiben soziale Vergünstigungen erhalten (Sozialticket, Sozialpaß, sozialverträgliche Staffelung von Gebühren und Eintrittsgeldern)? Bleibt der Anspruch für Personen, die ab 2005 kein ALG II erhalten, deren Bedürftigkeit sich aber nicht geändert hat, trotzdem bestehen?

Ich möchte Euch zum Schluß darüber informieren, daß die Organisatorengruppe der Montagsdemos den »Förderverein sozialer und solidarischer Bewegung Eberswalde e.V.« gegründet hat. Der Verein kann die Finanzierung sozialer Aktivitäten organisieren und die Interessen Betroffener vertreten. Alle Betroffenen können sich mit ihren Fragen und Problemen an diesen Verein wenden. Der Sitz des Vereins befindet sich im Evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel (Potsdamer Allee).

FRANK TÖPFER am 29. November

Sklavenmarkt in Eberswalde

Ein ungewöhnliches Bild bot die Eberswalder Montagsdemo vom 22. November (die 15. übrigens). Menschenketten, an ein langes Seil gefesselt, wurden unter Peitschenknall und scharfen Rufen der Aufseher als Sklavenskarawane durch die Straßen getrieben. »Die Schau soll zeigen, wo wir zwar noch nicht wieder sind, aber in welche Richtung die Reise geht, wenn die Herrschaften von der Industrie durchsetzen können, was sie sich schon lange wünschen,« sagte Ute Frey vom Team der Organisatoren bei der Ankündigung dieses Schauspiels. Sie erinnerte an »die lange Entwicklung, die zur Beseitigung der Zwangsarbeit in Europa geführt hat.« Mit Blick auf den unverblühten Druck, mit dem Arbeitslose durch die Hartz-IV-Regelungen zur Akzeptanz miesester Arbeits- und Lohnbedingungen gezwungen werden, mahnte sie: »Vergeßt nicht, das Ganze ist absolut kein Spaß!«



Ein Blick in die europäische Geschichte zeigt, welche Schatten der Vergangenheit durch das Hartz-IV-Gesetz heraufbeschworen werden (oder, von der anderen Seite betrachtet, welcher Art die Nostalgie der Arbeitgeber ist). 17./18. Jahrh.: Östlich der Elbe wird schrittweise der Gesindezwangsdienst eingeführt. Die Söhne und Töchter der erbuntertänigen Bauern müssen zwangsweise bei ihrer Gutsherrschaft als Knechte und Mägde dienen. Gleichzeitig schreiben die Landesherren Gesindelöhne vor, die unter den frei vereinbarten Löhnen liegen. Damit das Ganze funktioniert, ist den Bauernfamilien das Wechseln an andere Orte oder gar über die nächste Grenze ohne Erlaubnis der Herrschaft verboten. Den Gutsherren wird damit ein preiswertes Arbeitsangebot – ein Billiglohnssektor – bereitgestellt. Das Zwangsdienste sollte ein bis zwei Jahre, höchstens aber bis zur Heirat dauern. Die Arbeitgeber konnten aber damals wie heute den Hals nicht voll bekommen. 1812 klagte eine kleine Niederlausitzer Gemeinde, in der auch Vorfahren meiner Familie zwangsdienen mußten, gegen ihre Gutsherrin (übrigens kein Einzelfall). Die ließ nämlich ihr Gesinde unbegrenzt über 10 Jahre und mehr dienen. Die Herrin berief sich dabei auf das Herkommen: »Niemals sind aber hierselbst gewisse Jahre bestimmt gewesen, ... sondern sie sind ... seit Menschengedenken jederzeit und so lange auf dem herrschaftlichen Hofe zu dienen gezwungen worden, als die Gutsherrschaft ihre Dienste gefor-

dert und gebraucht hat ...« Sie habe sich somit gesetz- und herkommengemäß verhalten. Die Behörde teilte die Stellungnahme der Gutsherrin der klagenden Gemeinde schlicht »abschriftlich zur Beruhigung« mit, das hieß, sie solle nunmehr die Klappe halten. So einfach war das.

18. Jahrh.: Der Sklavenhandel blüht. Portugiesische, spanische, britische Kaufleute sind Hauptabnehmer afrikanischer Sklaven für Amerika. Die Gewinne der britischen Kaufleute schaffen den Kapitalstock für Englands führende Position während der industriellen Revolution.

1807/08: England verbietet den Sklavenhandel, die USA stoppen die Sklaveneinfuhr.

1815: Der Wiener Kongreß (also ein Vorläufer der EU) nimmt eine Deklaration gegen Sklavenhandel an.

1830/40: Im Zuge der Agrarreform werden die Gesindezwangsdienste abgeschafft. Die Gesindeordnung erlaubt weiterhin das Schlagen der Dienerschaft. »Entlaufenes« Gesinde kann von der Polizei herbeigeschafft werden.

1841: Die Großmächte (außer Frankreich) verbieten Sklavenhandel und stellen ihn der Piraterie gleich. Fortan werden die europäischen Kolonialkriege in Afrika mit der Bekämpfung des Sklavenhandels begründet, so ab 1888 vom Deutschen Kaiserreich.

1890/1900: In Deutschland wird auch formal die Körperstrafe für Bedienstete abgeschafft. Mit dem BGB gilt für das Arbeitsverhältnis strikte Vertragsfreiheit. In den Kolonien dürfen Diener weiterhin geschlagen werden. Mittels Hütten- und Kopfsteuern versucht man, die Afrikaner zur Arbeit bei den Kolonialherren zu zwingen. Bei öffentlichen Arbeiten gibt es weiter direkte Zwangsarbeit.

1905/07: Große Erhebung in Deutsch-Ostafrika, ausgelöst vor allem durch Einführung der Hüttensteuer. Die Kolonialherrschaft bricht zeitweise in weiten Gebieten zusammen.

1935: Die deutschen Faschisten führen den Reichsarbeitsdienst (RAD) ein. Jugendliche müssen zwangsweise ein halbes Jahr für geringes Entgelt zum RAD, verbunden mit vormilitärischer Ausbildung.

2003: Der Deutsche Bundestag beschließt das Hartz-IV-Gesetz, das Arbeitslose mittels der Drohung des Entzugs ihrer Grundsicherung zur Annahme jeder Arbeit zwingt.

Wie sagte Ute Frey auf der Kundgebung? »Und das tun die Abgeordneten einer Partei, die einst - aber das ist lange her! - die Befreiung der Arbeiter wollte. Und diese Damen und Herren Abgeordneten bekommen nicht mal einen roten Kopf - na klar, wo sie doch mit der Farbe rot schon lange nichts mehr am Hut haben.« Die ideale Formel im Sinne der Arbeitgeber ist offenbar: Wirtschaftsliberalismus plus staatlich verordnete Zwangsarbeit gleich moderner Feudalismus.

ROLF RICHTER

Ein Vergleich zur Anzahl der Regenwürmer im Mulchgarten und auf konventionell bewirtschafteten Ackerböden (I)

Sensationelle Untersuchungen zum Bodenleben

von Kurt Kretschmann und Daniel Fischer

Während seines Praxissemesters von März bis Mai dieses Jahres fertigte der 22-jährige Student Daniel Fischer eine Vergleichsstudie zum Bodenleben an (BBP 5/2004). Seit dem Wintersemester 2001 studiert er an der Fachhochschule Eberswalde »Landschaftsnutzung und Naturschutz« und ist von nachhaltigen Anbaumethoden und ganzheitlichen Konzepten wie der Permakultur und der Mulchmethode begeistert. Zusammen mit Kurt Kretschmann hat er die Anzahl und Vielfalt des Bodenlebens im Mulchgarten und auf anderen Flächen miteinander verglichen und bewertet. Bei den verschiedenen Untersuchungen, von denen vier im Kretschmannschen Total-Mulch-Garten in Bad Freienwalde, 3 in anderen Mulchgärten, 2 in naturnahe Gartenanlagen und ebenfalls 2 auf landwirtschaftliche Ackerflächen stattfanden, konnten eindrucksvolle Ergebnisse ermittelt werden. Die wichtigsten Feststellungen und Erkenntnisse sollen hier in der Barnimer Bürgerpost in Form einer Beitragsserie bekannt gegeben werden. Der erste Artikel behandelt als Schwerpunkt die untersuchten Angaben zu den Regenwürmern. In dem nachfolgenden Beitrag wird auf die Untersuchungsmethode näher eingegangen, so daß sie von interessierten Gärtner oder Landwirten nachgemacht werden kann.

Mit großer Beweiskraft wurde auf einem Quadratmeter in zwanzig Zentimeter Bodentiefe die Vielfalt und Anzahl aller Bodentiere erfaßt, die man mit dem bloßen Auge noch sehen und registrieren kann. Es ist uns nicht bekannt, daß die Aufsehen erregenden Zahlen, die wir in diesem Beitrag bringen, schon einmal in dieser Weise veröffentlicht wurden. Natürlich hat man heute mit den modernsten Mikroskopen die Möglichkeit, aller kleinste Bodenmengen zu untersuchen, so daß dadurch ganz besondere Ergebnisse erzielt werden können. Doch das ist für den Laien jedoch schwer nachvollziehbar und bei weitem nicht so anschaulich, als wenn man die Fläche auf 1 m² begrenzt und nur die sichtbaren Bodentiere erfaßt. Wie wir genau vorgegangen sind, soll ein Extrabeitrag verdeutlichen, damit jeder Gartenfreund oder Landwirt das auf seinem eigenen Gelände überprüfen kann. Wenn dann noch spezielle Anfragen kommen, dann muß der betreffende Leser sich direkt an die Autoren richten.

Wir haben schon mehrere Jahre lang Untersuchungen durchgeführt, aber erst von März bis Mai – 3 Monate lang – viel genauer und viel intensiver. Über die erzielten Ergebnisse berichtet nun Daniel Fischer, der als Student des Fachbereichs »Landschaftsnutzung und Naturschutz« an der Fachhochschule Eberswalde in seinem 6. Semester ein Praktikum in dem bekannten Freienwalder Mulchgarten durchgeführt hat:

Insgesamt habe ich viermal den Boden in dieser naturnah geprägten Gartenanlage von Kurt Kretschmann untersucht. Dabei ergab sich bei der letzten Kontrolle, daß der Regenwurm in einer bisher noch nicht nachgewiesenen Anzahl festgestellt werden konnte. Hierbei handelte es sich zunächst um fünf verschiedene Regenwurmartensorten, wobei ich zusätzlich als sechste Art den »Köcherwurm« fand.

Die einzelnen Arten werden hier nicht näher beschrieben, weil das den Leser überfordern könnte. Wir geben nur das Gesamtergebnis bekannt. Den großen Tauwurm konnte ich nicht vorfinden, weil der auf die kleinsten Erschütterungen reagiert, die durch unsere Fortbewegung auf den Boden entstehen. Als Folge des-

sen zieht er sich rasch in tiefere Erdschichten zurück. Die Untersuchung geschieht auf die folgende Art und Weise: In einem Holzkasten entnehmen wir immer gleichmäßig viel Boden. Seine Höhe, Breite und Tiefe beträgt jeweils 20 cm. Das ist das 1/25 eines Quadratmeters, so daß die ermittelten Ergebnisse später mit der Zahl 25 multipliziert werden müssen, um die Zahlen auf einen Quadratmeter Boden in 20 cm Tiefe zu übertragen.

Auf einem sandigen landwirtschaftlich bearbeiteten Boden eines Bauern in der Nähe von Bad Freienwalde, auf dem überwiegend Kartoffeln und Sonnenblumen angebaut werden, habe ich am 12. April lediglich 2 Regenwürmer finden können. Umgerechnet sind das also 50 Regenwürmer auf einem Quadratmeter bis zu einer Bodentiefe von 20 cm. Nur drei Tage später fand ich in der Mulchschicht und im Boden des Freienwalder Mulchgartens insgesamt 52 Regenwürmer. Das 25-fache davon für einen Quadratmeter berechnet sind also 1300 Individuen. Der Vergleich war für uns eine große Überraschung, denn im Mulchgarten konnten 26 Mal mehr Regenwürmer ermittelt werden als in der konventionellen Landwirtschaft, die mit Düngemitteln und Giften arbeitet, die im Mulchgarten streng verboten sind. Daß sich dies auf die Erzeugnisse auswirkt, die da produziert werden, wird niemand bestreiten wollen. Für die Leistungsfähigkeit, das körperliche Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen, die sich von solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen täglich ernähren, kann das nicht günstig sein.



Spaten, Holzkasten, Tisch und Schreibzeug. Mehr ist für die Bodenuntersuchung nicht nötig.

Bei einer weiteren Bodenuntersuchung am 14. Mai, die auf einem anderen landwirtschaftlichen Standort im Oderbruch vorgenommen wurde, konnte ich 3 Regenwürmer, daß sind umgerechnet 75 Tiere pro Quadratmeter, erfassen. Verglichen zur ersten Untersuchung ist dies nur eine geringfügige Verbesserung.

Bei der 4. Untersuchung im Mulchgarten von Kurt Kretschmann am 24. Mai 2004 habe ich dann 116 Regenwürmer feststellen können. Das ergibt die gewaltige Anzahl von 2900 Regenwürmern pro Quadratmeter. Wir waren über dieses Ergebnis sehr überrascht, daß die Zahl der Regenwürmer derart sprunghaft angestiegen ist. Wir können nur vermuten, daß diese Entwicklung mit der Feuchtigkeit im Boden zusammenhängen muß. Seit mehreren Tagen war es damals nicht besonders warm und trocken. Oft regnete es zwischendurch, so daß der Boden gut durchfeuchtet war und die Regenwürmer von tieferen Erdschichten nach oben kamen. Anders können wir uns den neuen, ungewöhnlichen Rekord nicht erklären. Diese Ermittlung spricht bei allen Vermutungen eindeutig und unmißverständlich für die hervorragenden Vorteile der Mulchmethode.

Nun handelt es sich ja bei diesen Untersuchungen um erste Anfangsergebnisse. Doch alle Untersuchungen, die wir im Frühjahr 2004 unternommen haben, zeigen überall das gleiche Bild.

Es ist eine Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Gebiete in Deutschland und auf internationaler Ebene, wofür uns erste Beweise vorliegen, sich grundsätzlich von den Böden unterscheiden, die nach den Gesetzen der Natur bewirtschaftet werden. Es ist anzunehmen, daß nun nach Veröffentlichungen unserer Angaben ein viel besseres Wissen über die Zusammenhänge im Bodenleben entsteht und daß dies auch zu den entsprechenden Konsequenzen führt. Auf die hier genannten Ergebnisse muß eine Antwort gefunden werden.

Und wir schließen ab, indem wir noch einmal wiederholen: Nur das Mulchen trägt zu einer solchen großartigen, neuen und beeindruckenden Entwicklung bei, die noch ungeahnte Perspektiven für gesunde Nahrung, gesunde Menschen und eine gesunde Umwelt bieten.

Alles für die Katz!

Wer kennt das nicht? In jeder Familie gibt es jemanden, der gegen den geliebten Vierbeiner allergisch ist und daher schon lange nicht mehr zu Besuch kommen konnte. Eine schleichende Entfremdung tritt ein, denn auch kontinuierliches Lüften und Staub saugen, sowie Tonnen von Taschentüchern können die Visite nicht attraktiver gestalten.

Schlummer ist es, wenn man selbst auf einmal vom Arzt mitgeteilt bekommt, daß das Ergebnis des Allergietests darauf hinweist, man sei gegen den eigenen Kater allergisch. Was tun? Man kann doch nicht einfach das geliebte Tier, welches ein fester Bestandteil der Familie geworden ist, aus dem Haus werfen!

Zum Glück gibt's ja die Gentechnik – jene Wunderwaffe gegen alle menschlichen Übel der Neuzeit! Ob es um gesündere Nahrungsmittel, individuell gefärbte Fische (siehe BBP 3/2004) oder allergenfreie Katzen geht. Die US-amerikanische Firma Allerca »entwickelt« nämlich allergenfreie »Stubentiger«, wie die Frankfurter Rundschau (FR) am 1.11.2004 berichtete. Bis 2007 soll diese Mieze entwickelt werden. Um sie »verbraucherfreundlicher« als Natur-Katzen zu machen, werden diejenigen Gene im Erbgut eliminiert, die für das für Allergiker kritische Eiweiß verantwortlich sind. »Bestellungen werden gegen eine Vorauszahlung von 250 Dollar entgegengenommen, die dann mit den angepeilten Kosten von 3000 Dollar pro allergenfreie Katze verrechnet werden«. Natürlich gibt's die Vierbeiner nur kastriert und sterilisiert, damit niemand auf die Idee kommt, selbst mit den Gen-Katzen Geld verdienen zu wollen!

»Laut Aussage der Firma Geneticas Life Sciences«, heißt es in der FR, »liegen bereits haufenweise Anfragen von Katzenliebhabern, die sich nach Jahren von Abstinenz, Asthma oder Antihistaminika endlich wieder auf das Beisammensein mit einem »Stubentiger« freuen«, vor. Daß so ein »Stubentiger«, bis er produziert worden ist, den Tod von hunderten Versuchstieren zur Folge hat, wird den Tierliebhabern selbstverständlich nicht mitgeteilt. Natürlich kann die Firma auch keine Garantie geben, daß ihre Frankenstein-Katze keine anderen Allergien auslösenden Bestandteile enthält.

Für weitere bekannte Probleme mit den geliebten Vierbeinern hat die Firma auch schon Lösungen parat: Das »Foreverped«! Falls das bestellte Haustier sterben sollte, kann man es sich einfach nachbestellen, denn die genetische Erbinformation wurde vorher gespeichert und das Tier ist folglich reproduzierbar! Kleine Katzen – verspielt und putzig – könnte man sich ja so jedes Jahr neu holen, wenn man die Vorgänger vorher entsorgt! Trauer um das Ableben der Mieze gehört auch der Vergangenheit an: Einfach nachbestellen!

Bald ist Weihnachten, wenn Sie schon mal bestellen wollen: www.geneticas.com.

CHRISTIAN REHMER

Alternative Energien und Kreishaus:

Beispiel für energieeffizientes Bauen

Eberswalde (nau/bbp). Die Vorstellung des Neuen Kreishauses durch Herrn Assmann von der Kreisverwaltung Barnim gehörte Ende Oktober zu den Schwerpunkten einer Beratung des Energiesparkontor Barnim e.V. Problematisch für die Projektanten sind insbesondere die schwierigen hydrologischen Bedingungen, die durch einen hohen Grundwasserstand geprägt sind. Anhand eines Bildvortrages erläuterte Assmann in diesem Zusammenhang das energetische Konzept. Die Gründung erfolge auf 400 Bohrpfehlen in 15 Metern Tiefe. In den Pfehlen werden Schläuche verlegt, die zur Erdwärmegewinnung genutzt werden. So wird über Wärmepumpen der gesamte Wärmeenergiebedarf abgedeckt. Sogar die Verkehrsflächen bekommen eine Fußbodenheizung. Auch die Abluft wird einer Wärmerückgewinnungsanlage zugeführt, bevor sie an die Außenwelt abgegeben wird.

Die Innenhöfe sind alle Glasüberdacht. Überhaupt soll man durch den Einsatz vieler Glaswände möglichst ohne Kunstlicht arbeiten können, was als Energieeinsparfaktor in die Planung einbezogen wird. Nachts werden alle Geschosse automatisch be- und entlüftet. Durch das besondere Konzept der Beheizung und Entlüftung liegt der Energieverbrauch nur bei etwa 20 % eines vergleichbaren Gebäudes.

Das Kreishaus ist als Beispiel für energieeffizientes Bauen in das Solarprogramm des Bundes aufgenommen worden. Damit gibt es einen Zuschuß für alle Mehraufwendungen.

Brennstoffzelle gehört die Zukunft

Neues Verfahren zur effizienteren Stromgewinnung aus Biogas

In Zukunft wird die Brennstoffzelle dazu beitragen, die Verstromung von Biogas effizienter als bisher zu gestalten und die Stromausbeute im Vergleich zur klassischen Kraft-Wärme-Kopplung deutlich zu erhöhen. Zu diesem Ergebnis kommen die Projektpartner im Vorhaben »Biogas in Brennstoffzellen«, das vom Bundesverbraucherministerium über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) mit 358 000 Euro gefördert wird.

Im Rahmen des Projektes arbeitet die Schmack Biogas AG gemeinsam mit ihren Partnern daran, Biogas aus einer landwirtschaftlichen Biogas-Anlage so aufzubereiten, daß es in einer Brennstoffzelle direkt in Strom umgewandelt werden kann. Hierzu muß es so gereinigt werden, daß es für Brennstoffzellen geeignet ist. Hauptaufgabe ist dabei die Entschwefelung. Hier kommt es darauf an, ein gleichermaßen einfaches wie kostengünstiges Verfahren anzubieten, das die schwefelhaltigen Bestandteile im Biogas verlässlich unter den vorgeschriebenen Grenzwert reduziert. Das Prinzip soll auf eine Brennstoffzelle mit Leistung von 220 Kilowatt übertragen werden.

Vier Jahre lang erfolgt eine wissenschaftliche Begleitung durch die BTU Cottbus und das Fraunhoferinstitut (Messungen der Zielvorgaben und deren Auswertung).

Es erfolgt erstmals eine Verglasung mit Gas-Chrom-Glas (automatische Verschattung bei Lichteinfall). Neuartig sind auch die Vakuum-Dämmpaneele im Bau. Alle vier Gebäudeteile versorgen sich autark und können getrennt betrieben werden.

Fotovoltaikanlagen sind auf den Verwaltungsgebäuden nicht vorgesehen. Allerdings sollen ca. 1000 m² auf dem Dach des neu zu bauenden Parkhauses installiert werden. Auch Solaranlagen sind nicht Bestandteil des Konzeptes für das »Paul-Wunderlich-Haus«.

Ein weiterer Programmpunkt der EKB-Beratung war das Projekt BARUM 111. Derzeit ist die Uckermark mit Biogasanlagen Schwerpunkt der Projekte. Im Netzwerk spielt der Erfahrungsaustausch eine große Rolle. Die Bauern sollen Miteigentümer der Anlagen und Zulieferer werden. Desweiteren findet im Februar 2005 an der Fachhochschule eine Veranstaltung über Holzenergie statt. Zielgruppe sind kommunale Einrichtungen und Ämter.

Weitere Themen waren die langfristige Planung der EVITA, der Stand zum Aufbau der Solaranlagen bei der WHG, die geplante Bürgersolaranlage, das Holzheizkraftwerk auf dem Hafengelände und Hinweise auf verschiedene Veranstaltungen zum Thema erneuerbare Energien.

Bereits heute spielt die Bioenergie mit einem Anteil von knapp 60 Prozent die dominierende Rolle bei den erneuerbaren Energien. Zur Zeit produzieren über 2.000 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von über 250 Megawatt Strom aus Gülle, Energiepflanzen und Reststoffen. Vor drei Jahren waren es erst rund 800 Anlagen. Die aus Biogas produzierte Strommenge entspricht mittlerweile der, die aus Holz in Biomasse-Kraftwerken erzeugt würde. Die Biogaserzeugung trägt damit in Deutschland in wachsendem Maße zu einer nachhaltigen klima- und umweltschonenden Energieversorgung bei und verschafft daneben Landwirten ein zweites wirtschaftliches Standbein.

Noch wird das mengenmäßige Potential beim Biogas in Deutschland nur zu einem Bruchteil genutzt. Auch die Effizienz der Stromgewinnung läßt noch zu wünschen übrig. Mit innovativen Technologien, z.B. der Nutzung von Brennstoffzellen, kann dieser Anteil auf über 50 Prozent angehoben werden (info: www3.verbraucherministerium.de).

herausgesucht von KURT HILKER

Mut zum Widerspruch

Unbillige Gaspreiserhöhung abwehren

Für das Jahr 2005 haben die Stadtwerke Eberswalde erhebliche Gaspreiserhöhungen angekündigt. Sie sind damit in guter Gesellschaft mit anderen Energielieferanten wie EWE und Edis. Diese Erhöhungen werden mit steigenden Ölpreisen infolge stark wachsender Nachfrage nach Erdöl in China und Indien sowie Unsicherheiten in der Golfregion und in Rußland begründet. Die Ölpreissteigerungen schlagen angeblich auf die Gaspreise durch.

Die Berechtigung erhöhter Preisforderungen steht jedoch in Frage, denn das derzeitige Niveau der Öl- und Gaspreise ist bereits überhöht. Nach Darstellung des »Bund der Energieverbraucher« kaufen die Energieversorgungsunternehmen das Gas billiger im Ausland ein, als noch vor einem Jahr, wollen aber beim Weiterverkauf durch die Erhöhung der Preise noch mehr kassieren. Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher: »Die Gewinnspannen werden immer größer. Die Konzerne verdienen Milliarden am Gas, soviel wie nie zuvor«. Die Forderungen der Energieversorger sind also unbillig.

Der »Bund der Energieverbraucher« und die Verbraucherzentralen rufen daher die Energieverbraucher auf, den Erhöhungsforderungen zu widersprechen. Da die Energieversorger bisher keine detaillierten Preisberechnun-



Bernd Pomraenke nutzte auch die Montagsdemo, um auf das Gaspreisproblem aufmerksam zu machen.

gen vorgelegt haben, könne ihre Forderungen nach § 315 BGB zurückgewiesen werden. Dieser Paragraf verpflichtet den Energieversorger, die Billigkeit seiner Forderungen nachzuweisen. Dieses erfordert eine völlige Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen. Gerade das aber wollen die Energieversorger vermeiden, weil sonst die Unbilligkeit ihrer Forderungen offenbar wird. Es liegt demzufolge im Interesse jedes Energieverbrauchers, gegen die angekündigten Preiserhöhungen Widerspruch einzulegen und vom Energieversorger den Nachweis der Billigkeit gemäß § 315 BGB zu verlangen. Entsprechende Musterwidersprüche werden im Internet verbreitet. (Eine mögliche Version finden Sie nebenstehend).

Den Verbrauchern ist bei ihrem Widerspruch Mut zu wünschen. Die Chancen bestehen darin, daß im Falle der Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen die Unbilligkeit der Preiserhöhung offenbar wird. Noch wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Energielieferanten auf die Durchsetzung ihrer Forderungen verzichten, um ihre Kalkulation nicht offen legen zu müssen. Sollten die Energielieferanten tatsächlich den Nachweis der Billigkeit erbringen, genügt die sofortige Anerkennung der Erhöhungsforderung, um Mahnkosten, Prozeß- und Anwaltskosten zu vermeiden.

Den Widerspruch gegen die Gaspreiserhöhung können allerdings nur direkte Kunden der Energielieferanten einlegen. Für die Mieter fernbeheizter Wohnungen schlägt sich die Gaspreiserhöhung in höheren Fernwärmekosten nieder. Daraus ergibt sich die Erwartung der Mieter an den Vermieter, daß dieser als direkter Partner des Energieunternehmens unbillige Fernwärmepreiserhöhungen zurückweist und seinerseits den Nachweis der Billigkeit fordert. Durch entsprechende Forderungen der Mieter an ihren Vermieter sollte dem Nachdruck verliehen werden.

BERND POMRAENKE, IG Mieter

Garagenverkauf »eingeschlafen«

Eberswalde (bbp). »Garagenkomplexe wurden zwischenzeitlich nicht verkauft«, heißt es in der Antwort des 1. Beigeordneten Lutz Landmann auf eine entsprechende Anfrage des Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller. Es würden seitens der Liegenschaftsabteilung auch keine Verhandlungen mehr mit Käufergemeinschaften geführt. »Die Garagennutzer an der Altenhofer Straße hatten zwar alle Kaufinteresse bekundet, waren aber letztlich nicht bereit, den gutachterlich ermittelten Wert des Grundstücks zu bezahlen.«

Die Verhandlungen mit den Nutzern der Garagen an der Leibnitzstraße seien »eingeschlafen«. Der Verhandlungsführer habe sich »nicht

mehr gemeldet«. Das gleiche sei auch von einem Garagenhof an der Anne-Frank-Straße, bei dem vor dem StVV-Beschluß vom Frühjahr Kaufinteresse signalisiert worden war, zu vermelden. »Ohne konkrete Kaufabsichten von Nutzergemeinschaften wird die Liegenschaftsabteilung von sich aus keine Verkaufsaktivitäten einleiten, insbesondere keine kostenintensiven Verkehrswertgutachten erstellen lassen, die dann – wie bei der Altenhofer Straße – letztlich niemand braucht.«

Von der durch den StVV-Beschluß eröffneten Möglichkeit der Einzelveräußerung von Eigentumsgaragen wurde zwischenzeitlich 57 mal Gebrauch gemacht.

Musterschreiben

an den Gas-/Stromversorger

Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte die von Ihnen beabsichtigte bzw. verkündete Erhöhungen der Preise für unbillig nach § 315 BGB.

Ich fordere Sie hiermit auf, mir die Erforderlichkeit und die Angemessenheit der Preiserhöhung durch nachvollziehbare und prüf-fähige vollständige Offenlegung Ihrer Kalkulationsgrundlagen nachzuweisen.

Bis Sie diesen Nachweis erbracht haben, zahle ich nur den alten Preis (ggf.: zuzüglich eines Sicherheitsaufschlags von ... %) weiter. Weil der Einwand der Unbilligkeit die Nicht-fälligkeit des Anspruchs zur Folge hat, möchten Sie von Mahnungen, Sperrandrohungen etc. absehen. Ich weise Sie darauf hin, daß auch die Abschläge allein aus dem Grund der Preiserhöhung nicht erhöht werden dürfen, da dies im Falle der Unbilligkeit der letzten Preiserhöhung unweigerlich zu Überzahlungen führen würde. Ich bin nicht bereit, Ihrem Unternehmen ein zinsloses Darlehen zu gewähren.

Ich weise Sie darauf hin, daß sich aus §§ 30, 33 Abs. 2 AVBGasV bzw. §§ 30, 33 Abs. 2 AVBELTV ergibt, daß die für den Kunden immer mit einem Übel verbundene Versorgungseinstellung als Druckmittel nur eingesetzt werden darf, um berechnete Forderungen durchzusetzen. Wenn durch den Einwand der Unbilligkeit die Berechtigung einer Forderung gerade offen ist, ist schon die Androhung im Rahmen der geltenden Gesetze unzulässig und kann strafbar sein.

Auf das Urteil des BGH vom 30.04.2003 Az VIII ZR 279/02 zu § 30 AVB weise ich Sie hin. Sollten Sie gleichwohl die Abschläge allein aufgrund der hier als unbillig widersprochenen Preiserhöhung erhöhen, mich mit Mahnschreiben belästigen, unrechtmäßig erhöhte Beträge von meinem Konto abbuchen oder gar eine Versorgungseinstellung nach § 33 Abs. 2. AVBV androhen, behalte ich mir bereits jetzt vor, den gesamten Sachverhalt unter Beifügung des gewechselten Schriftverkehrs der zuständigen Staatsanwaltschaft zu eröffnen, damit diese den Sachverhalt auf ggf. strafwürdiges Verhalten untersuchen kann.

Weiterhin behalte ich mir vor, mich an die zuständige Energieaufsichts- und Kartellbehörde zu wenden.

Meine künftigen Zahlungen sind nach § 367 BGB nur auf die Hauptforderung unter Zugrundelegung der bisherigen Preise (ggf. zzgl. eines Aufschlags von ... %) zu verrechnen. Ich behalte mir vor, auch deren Billigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen und resultierende Überzahlungen zurückzufordern.

Wie ich nun aus der Presse entnommen habe, ist dies erforderlich, um meine Interessen zu schützen. Hierfür bitte ich um Verständnis.

Den Erhalt dieses Schreibens bitte ich Sie kurzfristig schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichem Gruß

Tauschringe:

Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?

Teil 3: Gebrauchswert, Tauschwert, Wert

Im September trafen sich in Eberswalde ein Paar Enthusiasten von der Lokalen Agenda 21 Eberswalde und der evangelischen Kirchengemeinde Finow, um über die Etablierung eines Tauschringes für Finow und das Brandenburgische Viertel zu diskutieren (vgl. Seite 3). Für die »Barnimer Bürgerpost« war dies Anlaß, eine Diskussion über Tauschringe und deren theoretischen Grundlagen aufzugreifen, die im Frühsommer über das bbp-Forum, die eMail-Diskussionsgruppe der »Barnimer Bürgerpost«, geführt wurde.

Peter Bierl sprach in einem »Jungle World«-Artikel den Tauschringen jegliche Progressivität ab. Tauschringe würden jenen, die vom kapitalistischen Verwertungsprozeß weitgehend ausgeschlossen sind, lediglich die Möglichkeit für eine selbstorganisierte Simulation der allgemeinen Ware-Geld-Beziehung bieten. Dadurch werde bestenfalls ein neuer Niedriglohnssektor mit »Armutswirtschaft und Elendsselbstverwaltung« etabliert. Die Hauptkritik Bierls richtete sich dabei gegen die »vulgärökonomische Zinsknechtschaftslehre« des deutsch-argentinischen Kaufmanns Silvio Gesell (1862-1930), die vielen Tauschringen in der BRD als theoretische Grundlage dienen.

Dominique Voigt und Peter Spangenberg wollten Bierls Kritik nicht unwidersprochen lassen. Dabei machte es Bierl seinen beiden Kritikern ziemlich leicht, denn er beließ es dabei, auf ein paar Erscheinungen zu verweisen, statt sich mit der Theorie Gesells tatsächlich auseinanderzusetzen. Insofern fiel es Peter Spangenberg leicht, dem Autoren vorzuwerfen, er habe »vom Wesen der Inflation und von den Zinsen in der Wirtschaft ... keine Ahnung«. Als Kleinunternehmer ist Peter Spangenberg »von den Zinsen« direkt betroffen, so daß er zumindest eine »Ahnung« davon hat, wie Zinsen einen kleinen Unternehmer »knechten« können. Jedoch sieht auch er nicht über die oberflächliche Erscheinung hinaus, so daß sein Satz: »Hier wird aber auch alles durcheinander gewirbelt und verdreht«, ohne weiteres für seine eigenen Ausführungen gelten kann. Auch Dominique Voigt bleibt weitgehend an den Erscheinungen hängen, kommt aber zumindest dem Problem nahe, wenn er meint es gehe darum, »den Wert der Waren und deren Produktion wieder auf den Realwert zu beziehen«.

Doch was ist dieser »Realwert«? Wie wird der »Wert der Waren« bestimmt? Wie funktioniert die Produktion von Wert?

Diese Fragen wären zunächst zu klären. Dann läßt sich auf das Verhältnis von Wert und Zins resp. Mehrwert und Zins eingehen. Damit lüftet sich dann sehr schnell der Schleier und Gesells Theorie erweist sich als das, was es ist.

Der Ursprung jeglicher Produktion liegt zweifellos darin, daß der Produzent mit dem

Gebrauch des Produkts irgendwelche Bedürfnisse befriedigen wollte. Dieser GEBRAUCHSWERT war ursprünglich der einzige Sinn und Zweck für die für die Produkte der menschlichen produktiven Tätigkeit. Das schloß ein, daß nur so viele (Gebrauchs)-Werte produziert wurden, wie tatsächlich gebraucht wurden. Wobei das frühzeitliche Produktivitätsniveau dafür sorgte, daß die Menschen einen großen Teil ihrer Zeit für die Herstellung der benötigten Gebrauchswerte aufwendeten wobei die natürlichen Gegebenheiten einen großen Einfluß auf Qualität und Quantität der Produkte hatten.

Fortschritt beruht keineswegs darauf »andere auszubeuten oder selbst mehr zu arbeiten«, wie Dominique Voigt meint. Im Gegenteil: Fortschritt bedeutet, bei erhöhter Produktion weniger zu arbeiten. Diese »Faulheit« ist, so will ich behaupten, die wichtigste Antriebskraft des menschlichen Fortschritts überhaupt.

Im Zuge der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft stellte sich heraus, daß durch Arbeitsteilung und Spezialisierung und damit zusammenhängend durch zunehmende Mechanisierung und schließlich Automatisierung der Produktion, Menge und Qualität der Gebrauchsgüter ungeahnte Dimensionen erreichen konnte. Für die Menschen bedeutet das eine höhere Sicherheit bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie die Möglichkeit, auf der Basis des über den Bedarf zur bloßen biologischen Reproduktion hinaus Geschaffenen, dem Mehrprodukt, neue Bedürfnisse zu entwickeln und zu befriedigen. Damit in engem Zusammenhang steht, daß für die Produktion weniger Lebenszeit aufgewendet werden

muß, also den Menschen auch die für den Genuß des produzierten materiellen Reichtums nötige Zeit zur Verfügung steht.

Die selbstgenügsamen urgesellschaftlichen Produktionsverhältnisse boten allerdings keine ausreichende Basis für diese Entwicklung. Arbeitsteilung und Spezialisierung waren zugleich Folge und Voraussetzung für die Entwicklung der Produktivkräfte. Der höhere Organisationsgrad der Produktion benötigte neue gesellschaftliche Strukturen, die eine Konzentration des produzierten Mehrproduktes ermöglichte (z.B. für den Bewässerungsackerbau). Damit erlangten aber zugleich einzelne Gesellschaftsglieder Machtpositionen, die ihnen die Aneignung des Mehrproduktes ermöglichte. In diesen frühen Ausbeutergesellschaften bis hin zur feudalen Gesellschaft des Mittelalters ging es darum, sich den Gebrauchswert des Mehrproduktes mehr oder weniger gewaltsam anzueignen.

Der von Dominique Voigt geforderte »Realwert der Produktion« spielte hierbei kaum eine Rolle. Diesen »Realwert« erhält ein Produkt dann, wenn es zur WARE wird. Die Arbeitsteilung hatte auch zur Folge, daß die Produkte mehr und mehr zwischen den spezialisierten Produzenten ausgetauscht werden mußten. Es entstand der MARKT. Da der jeweilige Gebrauchswert eines Produktes von den individuellen Bedürfnissen des jeweiligen Nutzers abhängig und somit nicht allgemein meßbar ist, mußten andere Kriterien zur Bestimmung des TAUSCHWERTES der Produkte her.

Wie oben dargestellt, bildete die zur Produktion aufgewandte Zeit ein wichtiges Kriterium. Grundlage für die Bestimmung des

Manifest gegen die Arbeit

Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft – der Leichnam der Arbeit. Alle Mächte rund um den Globus haben sich zur Verteidigung dieser Herrschaft verbündet: Der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmen, deutsche Ökologen und französische Sozialisten. Sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit!

Wer das Denken noch nicht verlernt hat, erkennt unschwer die Bodenlosigkeit dieser Haltung. Denn die von der Arbeit beherrschte Gesellschaft erlebt keine vorübergehende Krise, sondern stößt an ihre absolute Schranke. Die Reichtumsproduktion hat sich im Gefolge der mikroelektronischen Revolution immer weiter von der Anwendung menschlicher Arbeitskraft entkoppelt. Niemand kann ernsthaft behaupten, daß dieser Prozeß noch einmal zum Stehen kommt oder gar umgekehrt werden kann.

Gerade in ihrem Tod aber entpuppt sich die Arbeit als totalitäre Macht, die keinen anderen Gott neben sich duldet. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Dieser zynische Grundsatz gilt noch immer, obwohl er Millionen Menschen für »überflüssig« erklärt. Angesichts dessen ist heute jeder Schrei nach Arbeit und »Arbeitsplätzen« nur noch regressiv. Notwendig ist vielmehr der Kampf gegen die Arbeit. Soziale Emanzipation setzt den kategorialen Bruch mit dem gesellschaftlichen Zwangsprinzip voraus., dem die Menschheit sich über zwei Jahrhunderte lang unterworfen hat.

Das von der Gruppe Krisis herausgegebene MANIFEST GEGEN DIE ARBEIT ist, da inzwischen vergriffen, nun in der 3. Auflage erschienen. Es ist bei der »Barnimer Bürgerpost« erhältlich zum Preis von 3 Euro (Arbeitslose: 2 Euro). Adresse für Bestellungen siehe Impressum.

Tauschwertes wurde die Menge der aufgewendeten Arbeitsleistung bzw. die Menge der verausgabten menschlichen Arbeit, die sich somit im Wert des zur Ware gewordenen Produktes vergegenständlicht. Für den Warenproduzenten mutierte der Tauschwert zum einzig gültigen WERT, der sich schließlich in der besonderen Ware GELD darstellt. Zur Befriedigung seiner Bedürfnisse ist er darauf angewiesen, den Tauschwert der von ihm produzierten Waren auf dem Markt zu realisieren, um eben dort jene Waren zu erwerben, die den von ihm benötigten Gebrauchswert beinhalten.

Im Tauschwert, also dem Wert der Ware, stellt sich die konkret verausgabte menschliche Arbeit allerdings nicht unmittelbar dar. Der am Markt realisierbare Tauschwert einer Ware wird immer nach jenem Produzenten bemessen, der den geringsten Aufwand an Arbeit in seiner Ware vergegenständlicht und so seine Ware am billigsten anbieten kann.

Dieser abstrakte Wert der Ware entspricht dem, was Dominique Voigt meinte, als er schrieb, der »Wert der Waren und deren Produktion« sei »wieder auf den Realwert zu beziehen«. Er erkennt allerdings, daß dieses »Beziehen auf den Realwert« permanent stattfindet, dieser Zustand also nicht erst wiederhergestellt werden muß.

Die bisher beschriebene Warenzirkulation vom produzierten Gebrauchswert über den Zwischenschritt Tauschwert zum erworbenen Gebrauchswert entspricht dem Verständnis eines Kleinproduzenten, der weitgehend selbst als direkter Produzent tätig ist. In diesen Blickwinkel der einfachen Warenproduktion paßt auch die von Dominique Voigt befürwortete »Schwundgeldtheorie« Gesells. Ziel soll sein, die Metamorphose des Werts Ware-Geld-Ware möglichst schnell zu durchlaufen, um dem Kleinproduzenten den Absatz zu sichern. Das »Horten von Geld« muß da als das eigentliche Übel erscheinen, dem eben mittels »Schwundgeld«, »Reggiogeld« oder auch Tauschringen entgegengetreten wird. Verkannt wird dabei, daß nur in den auf direktem Raub des Mehrproduktes basierenden frühen Ausbeutergesellschaften Reichtum durch »Horten« von Geld oder Gütern gebildet konnte.

Kapitalismus funktioniert anders. Hier wäre das bloße »Horten« von Geld, sieht man von der Bildung notwendiger Reserven ab, Gift für die Reichtumsproduktion. Daß das heutige Geld durch die Inflation bedingt schon längst reales »Schwundgeld« ist, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

GERD MARKMANN

Ausführlicher und genauer beschrieben sind die Kategorien Ware, Tauschwert, Wert, Geld und die damit verbundenen Austauschprozesse in K. Marx: Das Kapital, Erstes Buch »Der Produktionsprozeß des Kapitals«, Erster Abschnitt »Ware und Geld«.

Teil IV unserer Artikelserie erscheint in der BBP 1/2005 und wird die Reichtumsproduktion im Kapitalismus genauer unter die Lupe nehmen.

J - Ämmerlich

oder »Es stund ein Mann einst im Widerstand...«

Im berühmten Leifsteil- und Intelligenzorgan »SUPER-ILLU« hat der windschnittige Unterhaltungssänger G. »Platzhirsch« Emmerlich endlich eine Frage beantwortet, die oft und allerorten immer wieder gestellt wurde: Welche Form des Widerstands gegen das DDR-Regime war es, die der seinerzeit mit hohen Ehrungen und Auszeichnungen bedachte Star, der uns immer wieder im Ostfernsehen zugemutet wurde, eigentlich praktiziert?

Bekanntlich brat sich Emmerlich, der nachwendig mehrfach unangenehm auch durch peinliche Bemühungen auffiel, einen Logenplatz im Gesäßende Kohls zu ergattern, nachdem die Würfel gefallen waren zunächst als in innerer Distanz zum System stehend bezeichnet, woraus – in immer kürzeren Intervallen – Gegnerschaft, dann Widerstand und schließlich Widerstandskampf (!) wurden. So richtig runde und überzeugende Beweise für Mannesmut und kernige Aktionen blieb uns der Charakterfels indes schuldig, bis er ausnahmsweise mal alle seine Ehrlichkeit zusammennahm und der »SUPER-ILLU« einen handfesten Beleg überließ. Und zwar in Gestalt eines Fotos, auf dem ein normal verdrehtes Auto zu erken-

nen ist. Emmerlichs »Wartburg« nämlich. Die Ungeputztheit des Wagens sei »eine Form des Widerstands« gewesen – so der »Andreas Hoyer der DDR« wörtlich. Wortwörtlich. Nun wissen wir es also ganz genau!

Was waren dann wohl die anderen »Formen«? Mundgeruch? Ungewaschene Füße? Öffentliches Popeln? Verhaltene Furzen während eines Bühnendialogs mit Stumpi? Was waren die Höchststrafen? Wurde Emmerlich gefoltert, bis er bekannte: Ja, ich war ein Klopapiersparer!?

Wir dürfen auf weitere Enthüllungen gespannt bleiben. Bis dahin sollten sich alle, die in gleicher Form gegen den Verbrecherstaat ankämpften, also gewesene Träger bekleckelter Krawatten, ehedem Ungekämmte, damals Verlauste und ehemalige Schweißhemdenträger, sich registrieren lassen. Wer weiß, vielleicht gibt es später mal eine Zusatzrente oder man wird schon heute zum auferstandenen Herrn Friedman eingeladen. Als Talk-Gast und Zeitzeuge – »So stunk ich gegen die Zone...«

Und vergessen Sie nicht, Ihr Auto zu wienern!

S.P.

Narrenzeit auf der Telekomstraße

Die fünfte Jahreszeit bringt für die Narren und Faschingfans so einiges an Humor. Trefflich lachen kann man über einige Clownereien. So manch einer nutzt die Zeit auch, am Beispiel der Telekomstraße, um sich zum Narren der Region zu machen.

Da sucht der Barnimer Wirtschaftsdezernent, Carsten Bockhardt, händeringend nach einer Lösung zum Ausbau der Telekomstraße für Flughafen- und Schwerlastverkehr. Nicht über die Autobahn soll der Schwerlastverkehr rollen, nein, parallel zur BAB 11 soll es in Richtung Süden gehen. Über die Telekomstraße, durch Biesenthal, spätestens in Bernau wieder auf die Autobahn, so sind offensichtlich Bockhardt's Vorstellungen.

Als die Ausbauillusionen zum Flughafen Finow des Josef Brandstetter schon im Ansatz erkennbarer Unsinn waren, gab es für Brandstetter einen 3,25 Mio. DM Scheck als Gruß von der Stadt Eberswalde und deren Abgeordneten.

Jetzt steht ein neuer Flughafenentwickler auf der Matte und hat neue Rosinen aus dem Flughafenkuchen Finow zu verteilen. Bisher hat er allerdings vergessen einen Antrag auf Flughafenausbau in seiner gewünschten Version für 85 Tonnen Flugzeuge beim Landesamt zu stellen, wohl wissend, daß das Land einen solchen Flughafen weder braucht noch will.

Mittelfristig 1.500 Arbeitsplätze, verspricht der Investor jetzt (bei Josef Brandstetter waren es nur 1.000 Arbeitsplätze) und 4.050 zusätzli-

che tägliche PKW-Bewegungen von Besuchern und Angestellten rechnet die aktuelle Verkehrsprognose für den Flughafen Finow vor. Hinzu kommen noch schlappe 160 LKW-Bewegungen täglich. Die Schwerlastfahrten für Altlastenentsorgung gib es als Sahnehäubchen oben drauf.

Das sind die Zahlen für die sich Carsten Bockhardt krumm macht, denn nach Einschätzung des Kreises ist der Ausbau des Platzes zum Flughafen Finow ja ein maßgebliches und deshalb prioritäres, wirtschaftliches Projekt.

Daß das Straßennetz von Finow diese Verkehrsströme nicht bewältigen kann, weiß Herr Bockhardt. Wir Bürger wissen es schon lange, werden unser Wohn- und Lebensumfeld selbst mitgestalten und alle demokratischen Rechte und Mittel nutzen, eigene Interessen zu vertreten, um diese unsinnigen Planungen in die Mülltonne zu befördern!

Aber, Herr Bockhardt, suchen Sie ruhig weiter nach Lösungen für Flughafen- und Schwerlastverkehr auf der Basis fragwürdiger Verkehrsprognosen. Dem Eberswalder Bürgermeister Schulz als Verbündeten für den Ausbau der Telekomstraße für LKW- Schwerlastverkehr ist hinsichtlich Finanzierung und Unterhalt aus der Stadtkasse auch noch einiges zuzutrauen.

Mit fremden Leuten Steuergeld läßt es sich bekanntlich gut wirtschaften.

Gegen das Vergessen

Eberswalde (bbp). Der Verein Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V. kam am 2. Dezember zu seiner diesjährigen Jahreshauptversammlung zusammen. Der Vereinsvorsitzende Holger Kliche und seine Stellvertreterin Monika Schlorke zogen eine positive Bilanz der Arbeit des letzten Jahres. Mit der Forschungsarbeit des Vereins, der auch Träger des Geschichtswissenschaftlichen Instituts Eberswalde ist, soll die Geschichte der KZ-Außenlager und der Zwangsarbeiterlager in und um Eberswalde während des zweiten Weltkrieges vor dem Vergessen bewahrt werden. Höhepunkte waren in diesem Jahr zweifellos die beiden Besuche ehemaliger Häftlinge und Zwangsarbeiter der Eberswalder und Finower KZ-Außenlager und Zwangsarbeiterlager aus Warschau und Szczecin, die im Juni anlässlich der 750-Jahrfeier und Ende November stattfanden. Ewa Stendel, die als Dolmetscherin für Polnisch über eine Arbeitsförderungsmaßnahme beim Verein angestellt ist, berichtete ausführlich über die Besuche. Ein Resultat ihrer Arbeit ist u.a. eine Broschüre mit Briefen ehemaliger KZ-Häftlinge der Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück in Finow und Eberswalde-Eisenspalterei. Die Broschüre kann für 10 Euro beim Verein erworben werden.

Die Ausstellung des Vereins über die KZ und Zwangsarbeiterlager in und um Eberswalde war in diesem Jahr in den Räumen der Eberswalder Polizei und im Werner-Forbmann-Krankenhaus zu sehen. Im kommenden Jahr sind anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung wiederum Besuchsprojekte geplant. Der generationsübergreifende Besuch polnischer Zwangsarbeiter und Schüler aus Szczecin soll u.a. durch die Unterstützung der Stiftung Pomerania und des Landkreises Barnim ermöglicht werden. In Zusammenarbeit mit der Berliner Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« werden im Mai oder Juni ukrainische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge Eberswalde besuchen.

Seit diesem Jahr finanziert die Agentur für Arbeit Eberswalde eine weitere Stelle, die mit einer rußlanddeutschen »Spätaussiedlerin« besetzt ist. Leider stehen für beide Arbeitsförderungen keine Sachkostenzuschüsse zur Verfügung. Der Verein ist deshalb dringend auf Spenden angewiesen, um die wissenschaftliche Forschungsarbeit weiter finanzieren zu können (Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V., Kyritzer Straße 17, 16227 Eberswalde, Spendenkonto bei der Sparkasse Barnim: Kto-Nr. 3120101620, BLZ 1705200).

4. Landesfotoschau

Eberswalde (prest-ew). Hobbyfotografen präsentieren gegenwärtig ihre Arbeiten mit Motiven aus allen Bereichen des Lebens in der 223. Ausstellung der Kleinen Galerie Eberswalde im SparkassenFORUM, Michaelisstr. 1. Die Ausstellung dauert noch bis zum 19.1. 2005.

KZ-Außenlager in Eberswalde und Finow:

Verbittert über fehlende Erinnerung

Häftlingsfrauen aus Polen besuchten Eberswalde

Eberswalde (bbp). Auf Einladung des Vereins »Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V.« weilten vom 22. bis zum 26. November vier ehemalige Häftlinge der beiden Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück in Finow und Eberswalde-Eisenspalterei in der Stadt. Marianna Bogusz, Janina Wyrzykowska und Zofia Taciak waren bereits 1999 in Eberswalde zu Gast (BBP 3 u. 4/1999) während Waclawa Galeszowska erstmals an die Leidensstätten ihrer Jugend zurückkehrte. Zofia Taciak äußerte sich sehr verbittert über die Tatsache, daß in Finow nichts mehr auf das KZ-Außenlager hinweist. Selbst die Fabrikhalle in der sie 1944/45 Munition herstellen mußte und die sie 1999 noch besichtigen konnte, wurde inzwischen dem Erdboden gleichgemacht. Dort weist heute nicht einmal mehr eine Gedenktafel auf den Leidensort hin. Die anderen drei Frauen schufeten damals in den Ardeltwerken und waren im Außenlager Eisenspalterei untergebracht, von dem zwei unter Denkmalschutz gestellte Baracken noch weitgehend im Originalzustand erhalten sind. Hier gibt es seit kurzem wieder eine Erinnerungstafel, nachdem die 2002 angebrachte Tafel im Frühjahr 2003 zerstört worden war (BBP 5/2003). Die übrigen Baracken fielen vor fünf Jahren dem Abrißbagger zum Opfer um Platz für ein Möbelhaus zu schaffen, auf dessen Bau aber inzwischen aus wirtschaftlichen Gründen verzichtet wurde.

Auf dem Besuchsprogramm standen neben der Stadt- und Lagerbesichtigung ein Empfang beim stellvertretenden Bürgermeister Lutz Landmann, der zusagte, daß die Stadt den wei-

teren Ausbau der KZ-Baracken zur Forschungs- und Gedenkstätte unterstützen werde. Hier engagiert sich jetzt der antifaschistisch orientierte Jugend- und Kulturverein Exil e.V.

Ein weiterer Höhepunkt waren Besuche im evangelischen Gemeindezentrum und bei der katholischen Kirche. Vor allem die beiden katholisch gläubigen Frauen waren dort über die Betreuung durch einen polnisch sprechenden Pfarrer begeistert, der extra aus Wriezen angereist war.

In bleibender Erinnerung blieb auch die durch einen Sponsor aus Gartz möglicherweise Podiumsdiskussion im Schwedter Belschky-Pavillon. Die gastgebenden Uckermärkischen Bühnen setzen sich mit ihrer Reihe »Gegen das Vergessen« seit mehreren Jahren mit der jüngeren deutschen Geschichte auseinander und wollen künftig enger mit dem Eberswalder Verein zusammenarbeiten. Die Fahrt nach Schwedt sponsorte übrigens das Bus- und Taxiunternehmen Schramm, dessen Seniorchef während der Nazizeit selbst rassistisch verfolgt und im KZ Buchenwald eingekerkert war.

Der Dank der Gäste gilt auch dem Schwedter Bürgermeister für die Überreichung der CDs mit Chorgesang des Schwedter Komponisten Johann Abraham Peter Schulz und der Stadt Eberswalde für die Möglichkeit, das Museum und den Tierpark zu besuchen, sowie allen anderen, die durch ihre finanziellen und persönlichen Zuwendungen den Besuch ermöglichten.

Exil e.V. gewinnt Toleranzpreis

Eberswalde (netzwerk). Das Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« hat seinen diesjährigen Preis vergeben. Die eingereichten Projekte sollten die deutsch-polnische Verständigung zum Inhalt haben. Der Preis wurde am 30. September dem Jugend- und Kulturverein Exil e.V. verliehen. Die Preisverleihung richtet sich aber nicht nur an den Preisträger, sondern auch an Menschen, Vereine und Verbände, die sich mit dem Thema Deutsche und Polen befassen. Bewertet wurden die Beiträge von einer Jury, die sich aus Vertretern des Netzwerkes, der MOZ, den Bürgermeistern aus Eberswalde und Gorzow, dem Ausländerbeirat und dem Kinder- und Jugendparlament zusammensetzte.

Die jungen Leute aus dem Exil e.V. nutzen zwei Baracken des Außenlagers KZ Ravensbrück für ihre Vereinsarbeit. Hier waren vom Spätsommer 1944 bis zum April 1945 in der Mehrzahl junge Polinnen interniert, die nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt waren. Der Exil e.V. erarbeitete eine Ausstellung, die diesen Teil der Geschichte beleuchtet. Be-

reits in zwei vorangegangenen Expositionen wurde das Thema versucht aufzuarbeiten. Kürzlich kam ein dritter Teil unter dem Titel »Und dann mußten wir raus« - »I wtedy nas wywiezli« hinzu (BBP 8/2004). Die Ausstellung ist in deutscher und polnischer Sprache dokumentiert. Sie ist nicht nur für Betroffenen da und arbeitet ein lang tabuisiertes und ideologisch aufgeladenes Thema auf.

Weitere Urkunden bekamen die Goethe Realschule und die Selbsthilfegruppe »Kontakt«. Ort der Preisverleihung war der Studentenclub, durch den eine angenehme Atmosphäre der Toleranz wehte und das vor allem auch durch die Theateraufführung junger Spätaussiedler, deren Charme sich keiner der Anwesenden entziehen konnte.



„AufMUCKEn gegen rechts!“

Jugendverband »solid« schmiedet breites Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit

Die hohen Wahlergebnisse der DVU und der NPD zeigen eine steigende Tendenz in der Gesellschaft für rechtes Gedankengut. Die Parteien schweben auf Wolke 7 und versuchen nun gezielt junge Menschen anzusprechen. Wie diesen Sommer bekannt wurde, planten neofaschistische »Freie Kameradschaften« mit Unterstützung des NPD-Umfeldes, 250.000 CDs mit rassistischen und antisemitischen Liedern an Schülerinnen und Schüler zu verteilen. Im Booklet der Nazi-CD ist beispielsweise zu lesen »Unsere heutigen Schulen sind schon längst ein Sammelbecken für junge Schwermisdelanten geworden – meist ausländische Bands haben hier das sagen! [...] Wir stehen gegen den unerträglich hohen Zuzug von Fremden in unser Land.« Der Zuspuch der Nazis bei Jungwählern ist erschreckend und erfordert politische und zivilgesellschaftliche Gegenwehr – unter anderem durch Aufklärung und Bildung.

Um dieser Nazi-Aktion eine eigene Initiative entgegenzusetzen, schmiedete der PDS-nahe Jugendverband [»solid«] ein breites Bündnis, welchem u.a. die DGB- und IG-Metall-Jugend angehören. Unterstützt werden sie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ziel des antifaschistischen CD-Projektes »AufMUCKEn gegen Rechts« war es, dem brauen Gedankengut auch musikalisch Paroli bieten zu können. Ab Ende November werden daher 50.000 CDs kostenlos an

junge Menschen verteilt. Auf der Musik-CD finden sich Lieder bekannter Künstler und Bands, die sich dieser Thematik musikalisch annehmen. Breite Schichten junger Menschen werden dazu eingeladen, die politischen Hintergründe zu reflektieren und sich vor Ort courageig gegen neonazistische Umtriebe einzusetzen. Zu den musikalischen Unterstützern der CD gehören namhafte Bands wie: Die Fantastischen Vier, Die Sterne, Jan Delay, Such a Surge und Seéed. Alle Künstler verzichten auf ihre Gagen. Das komplette Projekt wird über Spenden finanziert.

Zusätzlich zur CD wird Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, eine Homepage aufgebaut und Veranstaltungen, sowie Konzerte durchgeführt. »Die CD ist ein Versuch, die alternative Jugendkultur in den Regionen zu stärken. Es nützt nichts, nur schlaue Papiere zu schreiben, die hinterher niemand liest. Es ist ganz wichtig, nicht nur die Köpfe sondern auch die Herzen junger Menschen zu erobern, um zu zeigen, dass Antifaschismus populär ist.« meint der Bundessprecher von [»solid«] Victor Perli in einem ND-Interview.

Die PDS-Jugend in Eberswalde beteiligt sich ebenfalls an der Aktion und verteilt Anfang Dezember vor Eberswalder Schulen einige hundert CDs. Für weitere Informationen über das Projekt besuchen Sie bitte die Homepage: www.mucke-gegen-rechts.de.

C.R.

Jugendarbeit

Vom Rotstift bedroht!

Die gravierenden Mängel im Brandenburgischen Bildungswesen sind spätestens seit PISA bekannt und haben sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt. Zur Erhöhung des gegenwärtigen Niveaus von Bildung und Erziehung im Land und zur Sicherung der Chancengleichheit für alle Jugendlichen sind dringend entsprechende gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich.

Aber das Gegenteil geschieht. Nach dem Willen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport werden bis 2009 in Fortführung des 610-Stellenprogramms im Jugendbereich 192 Stellen landesweit gestrichen. Im Landkreis Barnim werden davon zwölf gegenwärtig Beschäftigte betroffen sein. Dazu gehören insbesondere Jugendkoordinatoren im ländlichen Raum. Desweiteren soll die Zahl der Sozialarbeiter an den Schulen verringert werden.

Werden dadurch nicht noch mehr Jugendliche allein gelassen? Mal wieder wird von der SPD-CDU-Koalition in Potsdam an der falschen Stelle der Rotstift angesetzt.

Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden braucht fachliche Unterstützung. Auch die Betreuung von Jugendeinrichtungen ist nicht nur im Ehrenamt zu bewältigen.

Es ist zu befürchten, daß hier künftig einiges wegbrechen wird.

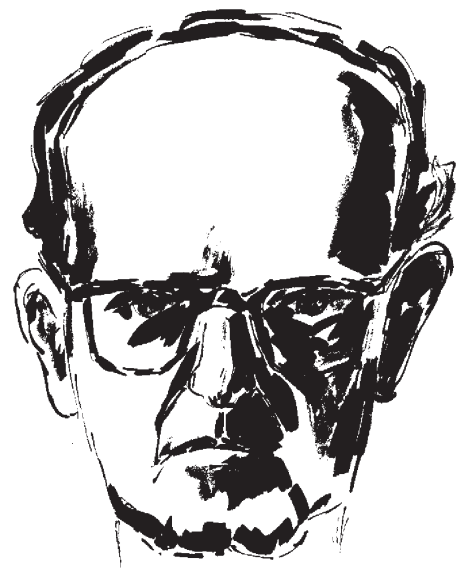
Dr. DAGMAR ENKELMANN

Ein berühmter Maler wird Hundert

Ein berühmter Maler, Sohn dieser Stadt, würde am 27. Dezember diesen Jahres seinen 100. Geburtstag feiern. Sicherlich ist die Berühmtheit relativ. Erst seit Anfang der 90er Jahre findet das künstlerische Werk von Siegfried Kersten in der Öffentlichkeit die gebührende Anerkennung.

Daß dem so ist, hat nicht zuletzt mit der Bescheidenheit des Künstlers zu tun, der viele Jahre als Pädagoge an der Gehörlosenschule Eberswalde lehrte. Ob irgendwelche Häuser nach ihm benannt würden wär ihm »Wurscht«, so wie er nie vorrangig für Geld und Lorbeer malte. Er war vielmehr ein »Besessener«, der schon als Kind »Tisch und Wände beschmierte«, wie ihm die Mutter vorhielt. Der Zeichenblock begleitete ihn überall. Erst der Tod riß dem 93jährigen im Juli 1998 den Zeichenstift aus der Hand.

Mit einem ausführlichen Beitrag und vor allem mit einigen seiner Bilder, werden wir ab der nächste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« an den Eberswalder Maler Siegfried Kersten erinnern.



**KUNST
IST
GUNST
UND
UMSUNST**

StK.

Wer kann helfen?

Die Fahne vom Kranbau Eberswalde

Gesucht wird eine italienische Fahne, die sich im Traditionszimmer des Kranbau Eberswalde befand. Hinweise dazu fanden sich im »Kranbauer« Nr 18/1969. Mit dieser Fahne hat es folgende Bewandnis:

1969 betreute die Italienerin Ondina Peteani eine Kindergruppe, die sich in der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck« am Werbellinsee erholte. Die Gruppe besuchte auch den Kranbau. Frau Peteani gehörte zu den etwa 1000 Frauen, die im letzten Kriegsjahr als KZ-Häftling im Ardetwerk schufteten mußten.

Zum Abschluß ihres Besuches sagte sie: »Ich habe Euch ein Geschenk mitgebracht. Es ist eine italienische Fahne, in die ich zwei Daten eingestickt habe – 1945 und 1969 – das sind zwei bedeutungsvolle Jahre für mich. Ich werde meine Unterschrift auf diese Fahne setzen.

Ich habe eine Bitte. Wenn ihr mal wieder jemanden trifft, der um die gleiche Zeit und unter denselben Umständen hier war, so bittet ihn, daß auch er seinen Namen auf diese Fahne schreibt.«

Bekanntlich hat unser Verein mehrere ehemalige Häftlinge der Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück ausfindig gemacht. Wenn sie wieder die Stätte ihres Leidens besuchen, wollen wir das Vermächtnis von Frau Peteani erfüllen. Deshalb suchen wir diese Fahne.

HOLGER KLICHE,

Forschungs- u. Gedenkstätte Eberswalde e.V.

Informationen an die »Barnimer Bürgerpost« (Kontakt siehe Impressum) oder direkt an das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde/Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V., Tel. 03334/360517.

Frohes Fest und Frieden im neuen Jahr

Das wünschen Ihnen Verein und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« von ganzem Herzen. Auch wenn die Feiertage in diesem Jahr nur ein normales Wochenende sind (ob da diese Hartz-Kommission dran gedreht hat?), sollten Sie die Zeit nutzen zur Besinnung und um Kraft zu tanken für das neue Jahr.

Als besonderes Geschenk, liebe Leserinnen und Leser, erhalten Sie eine um vier Seiten erweiterte Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

Auch darin spiegelt sich steigende gesellschaftliche Aktivität der Bürgerinnen und Bürger. Ein gutes Zeichen. Zumal selbst die zwanzig Seiten nicht für alle Bürger-Post ausreichen, die wir erhielten. Ein Teil der Texte werden im Januar erscheinen, andere Artikel finden ihre Veröffentlichung im BBP-Forum (Bestellung für Abonnenten: einfach eine eMail an bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de).

GERD MARKMANN, Redakteur

Netzwerktreffen

Eberswalde (Kj). Das Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« trifft sich am 13. Dezember um 19 Uhr im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« in der Brautstraße 34.

Ein Thema wird die ab dem 15. Dezember (voraussichtlich im Passage-Kino) gezeigte Ausstellung »Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990« sein. Die Ausstellung porträtiert 131 Menschen, die seit 1990 rechter Gewalt zum Opfer fielen. Viele wurden getötet, weil für sie im Weltbild der Rechtsextremisten kein Platz ist; manche, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen. Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden kaum zur Kenntnis genommen, vergessen sind die meisten. Die Ausstellung ruft diese Menschen in Erinnerung.

An der Organisation der Ausstellung sind bis jetzt die Ausländerbeauftragte des LK Barnim Frau Böttger, die Barnim Uckermark Stiftung Frau Leichsenring und Herr Koch und der Jugend- und Kulturverein Exil e.V. beteiligt. Weitere Mitarbeit ist gern gesehen. Weitere Informationen zum Rahmenprogramm gibt es auf dem Netzwerktreffen.

Desweiteren wird Andre Koch von der Barnim Uckermark Stiftung die Idee zu einem Treffen aller regionalen Bürgerbündnisse für Demokratie und gegen Rechtsextremismus vorstellen. Kernanliegen einer solchen Veranstaltung soll sein, über den Bedarf und Möglichkeiten einer regionalen Kooperation zwischen den Bündnissen und der Bürgerstiftung zu sprechen.

Schließlich steht der Vorschlag für ein Filmprojekt über zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Initiativen in Eberswalde auf der Tagesordnung des Netzwerktreffens.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: exil (1), Fischer (1), Markmann (6), Triller (3).

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 4. Dezember 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.1.2005, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)